Nr. 186. Erstes Morgenblatt. Zweiundsechzigster Jahrgang. **Sonntag, 7. Juli 1918**

Bezugspreis:
Ein Vierteljahr in Frankfurt bei der Expedition ℳ 7.50, bei den Agenturen ℳ 9.—, bei den Postanstalten in Deutschland, Belgien, den deutschen Postämtern in Russ.-Polen, Kurland und nach den besetzten Gebieten von Frankreich ℳ 9.—, Bulgarien ... 14.35, Dänemark Kr. 8.53, Holland fl. 4.20, Luxemburg ℳ 10.44, Norwegen Kr. 8.40, Oesterreich-Ungarn Wien, auch Wollzeile 11) Kr. 13.81, Schweden Kr. 9.50, Schweiz Fr. 11.05, Türkei (D. P.) Piaster (Silber) 85 ½, Ungarn Kr. 16.74, unter Streifband nach dem Ausland ℳ 18.—. Ins Feld direkt d. die Exped. bezog. monatl. ℳ 3.—
Postscheckkonto Frankfurt (Main) 4430

Frankfurter Zeitung

und Handelsblatt.

(Frankfurter Handelszeitung.) Stadt Telephon: Amt Hansa 9182.

Begründet von Leopold Sonnemann.

(Neue Frankfurter Zeitung.) Für auswärts: Amt Hansa 9173.

Preis der Anzeigen:
Die kleine Zeile 70 ₰ Abendblatt 80 ₰ Reklamen ℳ 2.50 Abendbl. ℳ 3.— 40% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 10% Teuerungszuschl. Familienanzeig. Sondertarif. Platz- u. Datenvorschr. ohne Verbindlichk. — Anzeig.-Annahme an: Geschäftsstelle Frankfurt a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37, Schillerstr. 20. Mainz: Schillerpl. 3. Berlin: Mauerstr. 16/18. Dresden: Waisenhausstr. 5. München: Perusastr. 5. Offenbach: Bieberstr. 34. Stuttgart: Poststr. 7. Zürich: Nordstr. 52. Unsere Agenturen u. d. Ann.-Exped. Verlag und Druck der Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H.
Postscheckkonto Frankfurt (Main) 4430.

Verwilderung der Jugend?

Von Prof. Klumker.

Klagen über die Jugend hat es solange gegeben, als die Welt steht. An sich ist wohl daraus, daß die Alten über die Jugend klagen, kein Anlaß zu besonderer Besorgnis zu entnehmen. Das gilt auch in gewissem Grade von der Kriegszeit. Die Klagen stammen zu einem Teil aus der größeren Reizbarkeit der Klagenden, die die Zeit mit sich bringt. Dennoch entspricht ihnen nach Abzug dieses Einflusses noch ein bedauerliches Maß an Mißständen, die sich aber aus den Verhältnissen, unter denen unsere Kinder und Jugendlichen leben müssen, genügend erklären.

Der Militärdienst der Väter, die Arbeit der Mütter, die eigene Arbeit von Kindern und Jugendlichen, der hohe Verdienst, die völlige Umwälzung aller Lebensverhältnisse, der Sturzbach von neuen Gesetzen und Verordnungen, der sich noch fort und fort über uns ergießt, in dem sich auch wir Erwachsene kaum aufrecht erhalten, die großen Lücken in der Arbeit aller Schulen — dies und manches andere zwingt die Jugend, mehr als vorher auf eigenen Füßen zu stehen. Wenn ihr dies so oft nicht gelingt, wenn sie sich noch weniger als wir Erwachsene dabei ohne Fehltritte und Anstöße durchbringt, so ist dabei eine besonders auffällige Verwilderung jedenfalls der Jugend selbst nicht zu Last zur legen. Viel eher sollte man mahnen, die Kehrseite all dieser Erscheinungen nicht zu vergessen: all die Jugendlichen, ja Kinder, die in die Stelle von Erwachsenen einrücken, die mehr als je in Feld und Hof, in Straße und Haus ganz wacker ihren Platz ausfüllen. Nicht ganz zu Unrecht behauptete jemand kürzlich auf einer Kinderschutztagung: Unsere Jugend hat sich trefflich bewährt. Das sollte zunächst dem Lande gelten; man darf es aber getrost ebenso auf viele unserer Jugend in den Städten anwenden. Wer darauf achtet, dem begegnen stündlich Beispiele tätiger Jugend, die sich wacker ihrer Haut wehrt.

Natürlich, sie alle leiden unter dieser Zeit, und nicht wenige — viel mehr als im Frieden und viel mehr, als daß wir tatlos zusehen dürften — erleiden Schaden an Körper und Geist, oft genug Schaden, der nie wieder ganz gut zu machen ist. Die Zahlen über zunehmende Kriminalität in der Kriegszeit waren zu erwarten; was sie eigentlich bedeuten, läßt sich aus ihnen gar nicht entnehmen. Es gibt so viel neue Vergehen und Verbrechen, deren man vorm Kriege gar nicht schuldig werden konnte, die Empfindlichkeit des Publikums, der Ruf nach der Polizei ist so viel lebhafter, daß der größte Teil jener Verurteilungen auf diese Ursachen zurückgeht. Alle diese kleinen Verbrecher sind um kein Haar schlimmer als im Frieden; aber tief bedauerlich bleibt, daß sie jetzt mit Polizei und Gericht in Berührung kommen. Dieser Schaden ist für ihre Entwicklung bedeutend gefährlicher als ihre Taten.

Mit Recht suchen wir mit gesellschaftlicher und staatlicher Einwirkung diesem Uebel entgegenzutreten. Mehr als die Besserung ist da wichtig, die Verhältnisse, unter denen diese Taten möglich wurden, soweit es geht, zu ändern, rechtzeitig günstige Einflüsse wirksam zu machen. Es geschieht mehr und mehr in dieser Richtung; von der Säuglingsfürsorge und dem Mutterschutz an — ich erinnere nur an die Reichswochenhilfe — über die vielen Schutzeinrichtungen für Schulkinder neben der Schule — man denke an den Landaufenthalt von Stadtkindern — bis zur Jugendpflege und den vielerlei Vorschriften der Generalkommandos — ein buntes Bild vielseitigster Versuche. Dieselbe Zersplitterung wie im Frieden mit ihren guten und schlimmen Seiten, doch auch dieselbe Unklarheit über Ziele und Wege.

Einheitlichkeit und sicheren Plan noch für den Krieg dahinein zu bringen, wäre ein aussichtsloses Unternehmen; wir wollen schon froh sein, daß so viel und hoffentlich noch mehr geschieht. Dagegen dürfte es wie auf so manchen anderen Gebieten an der Zeit sein, des Uebergangs zum Frieden zu gedenken und zu fragen, ob sich denn nicht für die Friedenszeit aus den Kriegserfahrungen wesentliche Lehren ergeben, und ob es nicht demgemäß nötig wäre, schon heute daraus Schlüsse zu ziehen und Vorbereitungen zu treffen.

Dabei scheint mir eins viel zu sehr verkannt zu werden. Wie bereits früher, sucht man den Grund der Gefährdung der Jugend in einem Versagen der **Familie**. Deutlicher denn je tritt das Trügerische dieses Schlusses heute hervor; die Familien sind zum großen Teil ihrer erziehlichen Kräfte, der Väter und der Mütter beraubt. Wie kann man das ein Versagen nennen, wo der verbliebene Rest im Durchschnitt dasselbe, vielfach weit mehr an Sorge und Erziehung leistet als im Frieden. Viel eher wäre Anlaß zu sagen: die Familie hat sich trefflich gehalten. Doch bereits früher entsprach es keineswegs den Tatsachen, wenn man — nicht in Einzelfällen, was oft zutraf — sondern im großen ganzen all das, was an ungenügender Ausbildung und Erziehung der Jugend zu Tage trat, so glatt der Familie zur Last legen wollte.

Die Erziehung ist überall und zu allen Zeiten nur zu einem Teil von der Familie gegeben worden; ihr Anteil wechselte im Lauf der Zeiten, stets aber wirkten **Gesellschaft und Staat**, den heranwachsenden Nachwuchs zu bilden. Dieser Anteil der Gesellschaft ist in den letzten Jahrhunderten größer und größer geworden, weil die Erziehung schwieriger und langwieriger wurde und die Familie den vielen neuen Aufgaben nicht mehr gewachsen war. Der Schulzwang, der auf diesem Gebiete die Familie bei Seite schob, ist ein Beispiel; seine langsame Durchführung, die heute noch nicht abgeschlossen ist, zeigt, wie schwer, aber unvermeidlich jene Verschiebung ist. Im letzten Teil des vorigen Jahrhunderts haben sich verschiedene Strömungen, nicht am wenigsten manchesterlich-individualistische Anschauungen gesträubt, die Arbeit von Staat und Gesellschaft als gleichwichtig neben der Familie anzuerkennen, während natürlich jener Entwicklungsgang, der über die Familie hinausreichende Erziehungsaufgaben zunehmen ließ, keineswegs stillgestanden hat. So ist diese Erziehungsarbeit von Staat und Gesellschaft lange Zeit unzureichend ausgebildet worden. In ihr sind arge Lücken entstanden, sie ist es, die so sehr versagt hat. Das vielerlei, was ohne einheitlichen Plan im letzten Jahrzehnt geschehen ist, reichte um so weniger aus, als man es vielfach nur als Flickwerk für die Familienerziehung gelten lassen wollte, seine selbständige Bedeutung aber verkannte. Alles, was an Kinderfürsorge, Jugendpflege, an eigenen Vereinigungen der Jugend aller Kreise entstand, waren Versuche, Erziehungsarbeit der Gesellschaft zu gestalten.

Als dann der Krieg zu all jenen Aufgaben große Stücke, die sonst die Familie leisten konnte, plötzlich frei gab, da trat erst der Mangel öffentlicher Erziehung, der vorher schon beträchtlich war, in schärfster Weise zu Tage. Es heißt diese Dinge ganz falsch sehen, wenn man in erster Linie von Verwilderung der Jugend, von Mängeln der Familie redet; ein Versagen von Gesellschaft und Staat in ihren Erziehungsleistungen steht voraus.

Gewiß geschieht, besonders heute nach vier Kriegsjahren, vieles; aber auch jetzt sind es meist zusammenhanglose Einzelheiten. Behörden, Vereine greifen an allen möglichen Stellen ein, um gerade dem Bedürfnis abzuhelfen, das ihnen sonderlich in die Augen springt. Das weitestblickende ist schon, wenn man für irgend eine kleine Gruppe wenigstens alle Schutzbedürftigen einigermaßen zu erfassen sucht. Dabei aber betont man stets wieder, daß es eben nur Kriegsarbeit sei, die man im Frieden abbauen und der Familie wieder überlassen müsse. Für mancherlei Fürsorge mag das zutreffen, aufs ganze gesehen, würden wir dadurch nur zu dem ganz unzulänglichen Zustande vorm Kriege zurückkehren und so aus dieser Zeit nur wenig gelernt haben. Wir sollten aber eins mindestens lernen, daß selbst bei der besten Familienerziehung dem Staat und der Gesellschaft mehr Aufgaben zufallen; ich erinnere nur an das weite Feld der Berufsausbildung, bei der wir noch gänzlich in den Kinderschuhen stecken.

Das lebhafte Streben nach Ordnung, Einheitlichkeit, Zusammenfassung, das in der Fürsorge jetzt lebhafter als je hervortritt, wird von dem Bewußtsein jener gesellschaftlichen Verpflichtungen getragen. Wir sollten von ihm ausgehen, wenn wir aus der Kriegsarbeit für die Jugend Grundlagen gedeihlicher Friedensfortschritte gewinnen wollen. Staat und Gesellschaft müssen sich der großen Erziehungspflichten besinnen, die ihnen obliegen, und für sie die beste Form zu finden suchen. Der Staat und die gemeindliche Verwaltung sollen nach der Meinung vieler eine Menge neuer Aufgaben übernehmen, im besonderen anregen und führen. Sollen sie das, so wird man in erster Linie fordern, daß sie die Erziehungsarbeit, die ihnen bereits durch Gesetz obliegt, wirklich vorbildlich, einheitlich und allgemein durchführen. Daran fehlt noch sehr viel, wenn wir auch nur an die drei Gebiete der Versorgung armer Kinder, des Schutzes der Unehelichen wie der Fürsorgeerziehung denken. Eine arge Zersplitterung dieser öffentlichen Fürsorge und viel, viel Mängel und traurige Lücken in der Ausführung im einzelnen. Was schon längst verlangt wurde, taucht mit verstärkter Macht als Forderung der Uebergangszeit auf: Einheitlichkeit und gleichmäßige Sicherstellung im ganzen Reich. Es gibt da etwa 2 Millionen Kinder, die in ihrer Erziehung vor allem auf diesen öffentlichen Schutz angewiesen sind.

Jugendämter, wie sie mehr und mehr entstehen, sind die Form dieser Neugestaltung. Das ist ihr wesentlicher Zweck, jene drei öffentlichen Erziehungsaufgaben zusammenzufassen und gründlich durchzuführen. Ihre gesetzliche Einführung in Stadt und Land, ihre gleichmäßige Gestaltung durch Reichsgesetz ist die erste und wichtigste Aufgabe des Kinderschutzes. Ueber die Bekämpfung der augenblicklichen Uebel hinaus liegt da ein großes Ziel vorbeugender Wirksamkeit. Möchte diese Frage, die im Herbst auf einem großen Jugendfürsorgetag in Berlin erörtert werden soll, die Aufmerksamkeit und tatkräftige Mitwirkung weitester Kreise, auch der Parlamente und Regierungen finden, die sie verdient.

Kühlmann im Hauptquartier.

N **Berlin**, 6. Juli. (Priv.-Tel.) Der Staatssekretär v. **Kühlmann** begibt sich heute abend in das **Große Hauptquartier**.

Frankreich.

Aus der Deputiertenkammer.

y **Genf**, 6. Juli. (Priv.-Tel.) Die französische **Deputiertenkammer** hat am Dienstag die seit Monaten schwebende Generaldebatte über die Verlängerung des Privilegs der **Bank von Frankreich** zum Abschluß gebracht und mit 391 gegen 126 Stimmen den Uebergang zur Spezialdiskussion beschlossen, die gestern, Freitag, begonnen hat.

*

y **Genf**, 6. Juli. (Priv.-Tel.) Wie die französischen Zeitungen vom Mittwoch mitteilen, wird der französische allgemeine **Gewerkschaftstag**, der für den 12. Juli nach Limoges einberufen war, in **Versailles** abgehalten werden.

Die Untersuchung gegen Caillaux.

y **Genf**, 6. Juli. (Priv.-Tel.) Der Abschluß der Untersuchung über den Fall **Caillaux** verzögert sich, weil Caillaux, wie der Hauptmann Bouchardon den Zeitungen mitteilen ließ, im letzten Augenblick eine Reihe politischer Persönlichkeiten als Zeugen habe laden lassen. Der Abg. **Ceccaldi** als Verteidiger von Caillaux stellt demgegenüber in einer Zuschrift an die Zeitungen fest, daß Caillaux sich stets bemüht hat, zur Abkürzung des Untersuchungsverfahrens beizutragen und daß auch die Vereidigung keine Schuld an der beständigen **Verschleppung** der Untersuchung treffen könne.

Das Urteil im Prozeß Hanau.

y **Genf**, 6. Juli. (Priv.-Tel.) Der Prozeß gegen den italienischen Journalisten **Hanau** hat nach dem jetzt vorliegenden Bericht über die Verhandlung des Pariser Kriegsgerichts nur aufs neue die Inhaltlosigkeit der von Clemenceau eingeleiteten Tendenzprozesse enthüllt. Hanau führte seine Beziehungen mit Cavallini und dem früheren Khediven auf die Absicht zurück, deren angebliche Bemühungen zum Anschluß Italiens an die Entente zu unterstützen. Cavallini habe ihn offenbar über seine wirklichen Absichten getäuscht, aber dafür sei er selbst nicht verantwortlich. Das Gericht sprach Hanau nur des Verkehrs mit dem Feinde schuldig und gewährte ihm mildernde Umstände. Er wurde zu **zwei Jahren Gefängnis** verurteilt mit Strafaufschub.

Kerenskij.

□ **Basel**, 6. Juli. (Priv.-Tel.) Havas berichtet aus Paris unterm 5 Juli: Die sozialistische Fraktion der Kammer hielt heute Vormittag eine lange Sitzung ab, an der **Kerenskij** und **Branting** teilnahmen. Kerenskij verurteilte in einer langen Rede den Bolschewismus. Er legte der Versammlung ein Dokument vor, das einen gewissen Eindruck hervorbrachte. Es handelt sich um eine am 13. Mai 1918 im Laufe einer Geheimsitzung von einem bedeutenden Bruchteil (also auf jeden Fall von einer Minderheit D. Red.) der russischen verfassunggebenden Versammlung angenommenen Erklärung, in welcher der Vertrag von Brest-Litowsk abgelehnt und die Versicherung gegeben wird, daß Rußland sich noch immer als im Krieg mit Deutschland befindlich ansehe. Dieses Dokument wird veröffentlicht werden. Branting machte sodann auf gewisse Symptome aufmerksam, die sich innerhalb der **deutschen Sozialdemokratie** offenbaren. Er hielt es für möglich, eine internationale sozialistische Konferenz zusammenzuberufen, sobald die Umstände es gestatten.

Am Nachmittag hielt die sozialistische Fraktion eine neue Versammlung ab, an der ebenfalls Kerenskij und Branting teilnahmen. In der Versammlung wurde mitgeteilt, welche Stellung der Minister **Pichon** in der zuständigen Kammerkommission in Bezug auf die französische Politik gegenüber Rußland eingenommen hat. Es wurde jedoch beschlossen, darüber der Oeffentlichkeit keine Mitteilung zu machen.

y **Genf**, 6. Juli. (Priv.-Tel.) Der sozialistische Deputierte **Longuet** berichtet in seinem „Populaire“ über eine kurze Aussprache, die er in London mit **Kerenskij** hatte. Auf die Frage, ob er nicht fürchte, durch seine Agitation gegen die Bolschewiki für die Rückkehr der **Zarenherrschaft** zu arbeiten, antwortete Kerenskij, daß diese Gefahr nicht bestehe. In Rußland seien alle wirklichen Demokraten Freunde der Entente, und alle Anhänger der Autokratie Freunde Deutschlands. Longuet machte darauf aufmerksam, daß gerade die russische reaktionäre Partei in Frankreich die lebhafteste Agitation gegen die Bolschewiki betreibe. Der ehmalige russische Botschafter **Iswolski** habe sich offen an die Spitze dieser Agitation gestellt und sogar eine Tageszeitung erworben, um für die Rückkehr des Zaren einzutreten. Kerenskij antwortete einfach, diese Agitation sei nicht gefährlich. Iswolski mache die Politik des Generals **Gurko** mit, die in Rußland keinen nennenswerten Anhang habe.

*

y **Genf**, 4. Juli. (Priv.-Tel.) Am Samstag brach auf dem Artillerieschießplatz bei Grenoble in einem **Lager mit gefüllten Bomben ein Brand** aus. Während zwei Tagen folgten sich die Explosionen fast ununterbrochen. Wie die Lyoner Blätter mitteilen, war am Sonntag abend die Gefahr eines Uebergreifens des Brandes auf das Arsenal und die Kriegswerkstätten beseitigt. Es wurde nur ein Mann getötet, dagegen ist der Sachschaden sehr bedeutend.

Vor der Uebergangswirtschaft.

VI.*)

Die Revolution der Preise.

A. F. Schon das letzte Jahrzehnt vor dem Kriege ist von Teuerungssorgen erfüllt gewesen. Wir glauben es heute kaum mehr: weil die Preise von damals uns jetzt märchenhaft niedrig, die Preissteigerungen von damals uns jetzt lächerlich klein erscheinen; weil, während wir damals um ein Plus oder Minus von 15 Mark beim Getreidezoll leidenschaftlich stritten, wir jetzt nur noch achselzuckend schweigen, wenn das Kriegsernährungsamt nach Preissteigerungen von 100 Mark und mehr den Brotgetreidepreis von neuem mit einem Federzuge um 30 Mark erhöht und man uns wohlwollend belehrt, daß das Brot dadurch „nur“ um ein paar Pfennige teurer werde. Trotzdem war (Franz Eulenburg hat eine kluge Untersuchung darüber veröffentlicht) dieses **letzte Friedensjahrzehnt** wirklich eine **Teuerungsperiode** mit sehr **ernsten Ursachen** und sehr **ernsten Folgen**. Zahl und Bedarf der am Weltverbrauch teilnehmenden Menschen waren schneller gewachsen, als der die Produktion verbilligende technische Fortschritt zu folgen vermochte. Noch wuchs in den alten Kulturländern stark die Bevölkerungszahl. Vor allem aber wurden über See (und auch noch im europäischen Osten) riesige Territorien mit riesigen Menschenmengen neu dem Warenaustausch mit den großen Industrieländern erschlossen, durch die Ausweitung des Verkehrsnetzes, durch die Vermehrung der Goldproduktion und ihrem dadurch ermöglichten Anschluß an die Goldwährung, durch die Befruchtung mit europäischem Kapital. „Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der die Bourgeoisie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt“, hatten Marx und Engels schon im kommunistischen Manifest prophezeit: nun stürzten diese Mauern wirklich Stück für Stück. Jahr um Jahr stieg der Welthandel um stolze Milliardenzahlen. Hier stieg die Industrialisierung und die Nachfrage nach Nahrungs- und Rohstoffzufuhr, dort stieg die Nachfrage nach Erzeugnissen der Industrie, und wiederum ergab sich hier als Wechselwirkung eine mächtige Ausweitung des Produktionsapparates an Fabriken, Maschinen, Häusern, Verkehrsanlagen, die alle Kapital und Arbeit, das heißt Rohstoffe und Nahrung, in gewaltigen Mengen zu dauernder Festlegung verschlangen — so mußten auch ungünstigere Gewinnungsmöglichkeiten, schlechtere Getreideböden, tiefere Kohlenschächte, unergiebigere Erzlager mitbenutzt werden, die Produktion wurde teurer, die Preise stiegen und Zölle und Kartelle verschärften das noch. Man nannte das Hochkonjunktur und pries die Prosperität. Aber wer schärfer zusah, erkannte schon damals, daß von diesem Aufstieg der letzten zehn, fünfzehn Friedensjahre relativ kleine Schichten der Wirtschaft den Hauptnutzen vorweg für sich erheben konnten: die Großlandwirtschaft, die Großindustrie, speziell die Rohstoffindustrie. Die Fertigindustrien kamen bei den ihre Selbstkosten steigernden hohen Preisen für Rohstoff und Arbeitslohn sehr viel später, sehr viel bescheidener, zum Teil gar nicht daran. Und riesige Schichten von Arbeitern, Angestellten, Beamten, Handwerkern usw. hatten von der ganzen Konjunktur, je nachdem sie in ihren Einnahmen die Teuerung schwer oder überhaupt nicht auszugleichen vermochten, ebenfalls nur geringen Nutzen oder gar keinen Nutzen oder gar positiven Schaden. In allem „Aufschwung“ verschärften sich die Interessengegensätze, wuchs ernst, und auch im Gefühl breiter Massen bitter empfunden, die soziale Spaltung der Nation.

Dessen soll man sich erinnern, wenn man der ganz **ungeheuerlichen Preisrevolution des Krieges** nachdenkt. So tief wirkte schon die allmähliche Erhöhung des Preisniveaus im Frieden! Nach dem Kriege wird die Teuerung vielleicht **das** große Problem der Uebergangswirtschaft, und jedenfalls eines der ersten unter den ganz schweren Problemen der Uebergangs- und der künftigen Friedenswirtschaft sein.

Ohne die schwere Dauer des Krieges — und ganz lange Zeit, etwa drei volle Kriegsjahre hindurch, insbesondere unter der Führung des Herrn Dr. Helfferich, rechnete ja unsere wirtschaftliche Kriegführung immer nur mit einem kurzen Kriege, nämlich von einem prophezeiten Endtermin zum nächsten! — wäre auch diese Revolution der Preise nicht so verhängnisvoll geworden. Gewiß, schon im ersten Kriegsjahr erfuhr die Mehrzahl der Warenpreise eine beträchtliche Steigerung (während andere Waren, vor allem Gegenstände des Luxusverbrauchs und der Luxusnahrung, aber auch Zucker und ähnliches, sogar anfangs noch sanken). Und diese steigende Tendenz mußte sich verschärfen, je länger der Krieg dauerte, je knapper die infolge der Grenzsperre nicht mehr aufzufüllenden Vorräte wurden, je mehr der Bedarf des Heeres Menschen und Stoffe in Anspruch nahm und sie der Versorgung der Zivilbevölkerung entzog. Indessen zu dem Zustand, in dem

*) Vergl. 1. Morgenblatt vom 16., 19., 23., 30. Juni und 3. Juli.

Aus alten Archiven.

Zur Vorgeschichte der französischen Revolution.

Eine schier unerschöpfliche Quelle zur politischen und diplomatischen Geschichte des 16., 17. und 18. Jahrhunderts bieten die „Relationen“ und „Depeschen“ der **Botschafter und Gesandten Venedigs** an ihre Regierung. In Hunderten von Bänden sind diese Berichte im venetianischen Staatsarchiv niedergelegt. Die Depeschen sind die Wochenberichte, die unmittelbar die Darstellung der Ereignisse, Unterredungen mit Fürsten und Staatsmännern und den Eindruck der venetianischen Diplomaten wiedergeben; Relationen nannte man die umfangreichen Rechenschaftsberichte, die von jedem nach Venedig zurückkehrenden Botschafter im Senat erstattet werden mußten. Die Relationen sind zum allergrößten Teil veröffentlicht, von den unzähligen Depeschen ist bisher begreiflicherweise nur weniges bekannt geworden. Eine kleine Auswahl aus den bisher unbekannten **Berichten aus der Zeit vor dem Ausbruch der französischen Revolution** bringt der venetianische Historiker Pietro **Orsi** in der „Nuova Antologia“; sie zeigt den unheilbaren Verfall des königlichen Frankreich, dessen einzelne Symptome der italienische Diplomat mit leidenschaftsloser Ruhe feststellt im sicheren Glauben, daß seine in rauschenden Festen unmerklich gealterte Vaterstadt vor dem Wirbelwinde gesichert sei, den er im Westen herannahen fühlte. Vier Botschafter haben von 1774 bis 1786 die Serenissima beim Hofe von Versailles vertreten; man fühlt kaum einen Hauch ihrer Persönlichkeit in den Depeschen, so einheitlich war die venetianische Diplomatie geschult.

Als **Ludwig XV.** starb, war der Patrizier Alvise **Mocenigo** Botschafter in Frankreich. Er berichtet von den großen Hoffnungen des Landes auf die neue Herrschaft, von dem Vertrauen, das **Turgot** genießt, der manchen Mißbrauch eindämmt und zur Ersparnis gern auch die Krönung in Reims, die viele Millionen kostet, unterdrückt hätte, aber umsonst. Der Krönung wohnt der Botschafter bei; er stellt fest, was bisher von manchen Historikern bestritten wurde, daß einer der Bischöfe den Adel, den Klerus und das Volk nach alter Sitte gefragt hat, ob sie Ludwig XVI. zum König haben wollten, was mit „achtungsvollem Schweigen“ aufgenommen wurde. Das war am 11. Juni 1775. Schon im Februar des folgenden Jahres berichtete Mocenigo von den Schwierigkeiten, die das Pariser Parlament den energischen Reformplänen Turgots machte:

„Es wurden einige Kommissäre ernannt, um dem kgl. Thron die Vorstellungen des Parlaments über die zurückgewiesenen Edikte zu unterbreiten, und man weiß auch, daß unter den Mitgliedern des Parlaments nicht wenige die Ansicht vertreten, es sei dem Souverän unbedingt nahezulegen, daß die Einschreibung der erwähnten Edikte nicht zur Zuständigkeit des Parlaments gehört, da die darin enthaltenen Fragen ausschließlich der Prüfung der Vollversammlung der **Generalstaaten** der Nation angehören.“

Zum ersten Male tauchte dieses Gespenst auf, das nicht mehr zu bannen war. Das königliche „Lit de Justice“ brach zwar noch einmal den Widerstand des Parlaments, aber der Widerstand gegen Turgot nötigte schließlich den König zum Nachgeben:

„(13. Mai 1776). Die plötzliche Entlassung Turgots hat überrascht, der nicht nur in der Ausübung seines gefährlichen Ministeriums immer durchaus unantastbar war, sondern auch als eigentlicher Urheber aller wirtschaftlichen Reformpläne und Edikte zu betrachten ist.“

Eine Reihe der folgenden Depeschen beschäftigen sich mit dem Tänzer **Picq**, der nach Venedig ans Theater San Benedetto verpflichtet war, den aber der französische Hof nicht ziehen lassen wollte. Die **Königin** selber mischt sich ein; Mocenigo erklärt, die Affäre werde „dornig“. Diese Haupt- und Staatsaktion unterhält einige Monate lang den Hof, der nach der Ungnade, die den sparsamen Turgot heimgesucht hat, sowieso in festlicher Laune ist. Aber die schlechte Finanzlage zwingt den König zu neuen Experimenten; zwei Ausländer treten als Protagonisten auf die politische Bühne Frankreichs. Am 28. Oktober 1776 berichtet Mocenigo:

„Nicht ohne allgemeine Ueberraschung und Billigung ist von S. M. der gegenwärtige Minister von Genf, Herr **Necker**, (als Finanzdirektor) berufen worden, in dessen Person sich in trefflicher Weise der Charakter skrupulöser Ehrlichkeit mit den seltenen Talenten tiefen Wissens und Einsicht verbindet, die ihn in diesen und in allen anderen Fragen der Verwaltung und des Handels bei allen Höfen Europas achtbar und berühmt gemacht haben.“

Eine der ersten Depeschen des neuen Botschafters Marco **Zen**, der im Dezember in Paris eintraf, schilderte die Ankunft **Franklins**, für die man drei „unschuldige Gründe“ nannte: die Erziehung seiner Kinder, die Herausgabe seiner Werke und der Wunsch nach Ruhe. „Wenn man aber auch diese drei Gründe“, bemerkt dazu der italienische Diplomat, „als wahr gelten lassen will, worüber ich die Hoheit des Erhabenen Senates nicht zu unterhalten brauche, so ist doch darin kein unüberwindliches Hindernis gegen die gleichzeitige Führung einer friedlichen geheimen Verhandlung mit dem hiesigen Hofe zu erblicken.“ Am 14. April konnte der Botschafter melden, daß der Marquis von **Lafayette** seine junge Braut verließ, um für die amerikanische Unabhängigkeit zu kämpfen. Im Februar 1778 schloß Frankreich ein Bündnis mit der jungen Union — das absolutistische Königreich trat für die Ideen der Freiheit ein, die in Philadelphia verkündet worden waren. Der Krieg brachte neue Lasten und Necker hatte die größten Sorgen. Am 4. Februar 1780 meldet Marco Zen dem Senat, daß Herr **Necker** dem Feinde jeden Anlaß zum Neide gebe. Er habe ohne unerträgliche Steuerlasten die Staatseinkünfte verbessert, besonders auch durch die Ersparnisse, die der „junge Monarch in seinem eigenen Haus durchzuführen die Tugend hat“. Der maßlosen Verschwendung der Höflinge habe Necker mutig ein Ende gemacht, trotz aller Umtriebe, die man gegen ihn zettele — sechs Millionen Franken im Jahr habe er schon erspart. Necker ging noch weiter. Er veröffentlichte zum ersten Male das französische Budget, das bisher ein Staatsgeheimnis war. Am 26. Februar 1781 schreibt Daniele **Dolfin**, der wenige Wochen vorher die Botschaft Venedigs übernommen hatte:

„Ich könnte unmöglich den Lärm richtig schildern, den diese in Frankreich neuartige Veröffentlichung macht. Herr Necker, der jeden Schritt nach dem Wohle der Öffentlichkeit richtet, hat den Reinertrag für die Spitäler bestimmt. Ich glaube ohne Zögern Eurer Exzellenz versichern zu können, daß noch niemals ein Buch so maßlos und stürmisch gekauft worden ist. Die kgl. Druckerei hält ohne Unterbrechung alle ihre Pressen in Bewegung und kann doch der Nachfrage nicht genügen.“

Der Bericht faßt die Ergebnisse des Budgets zusammen: 430 Millionen Franken Einnahme, von denen 166 für Hypothekarrenten und Erhebungskosten entfallen, sodaß eine Reineinnahme von 264 Millionen bleibt. Die ordentlichen Ausgaben betragen 227 Millionen, dazu 17 für Schuldentilgung. Der Ueberschuß von 27 Millionen erscheint dem Italiener beispiellos, er sieht aber voraus, daß Necker ihn noch steigern wird. Der Ertrag der Staatsdomänen läßt sich erhöhen, besonders lassen sich aber bei den Pensionen Ersparnisse erzielen. 28 Millionen zahlt der französische Staat im Jahr Pensionen; Herr Necker bezweifelt, ob alle andern Fürsten Europas zusammen auch nur die Hälfte dieser Summe dafür aufwenden! Das Budget hatte zwar einen großen Fehler: es gab die Ausgaben für den Krieg nicht an. Die Veröffentlichung hob aber doch den Staatskredit, sodaß eine Anleihe von 60 Millionen überzeichnet wurde und der Kurs sofort um sechs Punkte über den Emissionspreis stieg. Wiederum vereinigen sich aber Adel, Klerus und Parlament gegen den unerhörten Neuerer. Necker tritt zurück:

„(28. Mai 1781.) Die Staatsfonds und Aktien an der Börse sind nach dem Rücktritt Herrn Neckers schon um drei Prozent gefallen.“

Die französische Nation verlor nun jede Hoffnung. Der König hörte ihre Stimme nicht; er vernahm nur die Wünsche des Hofs. Wenige Wochen nach Neckers Entlassung erschien ein verhängnisvolles Dekret:

„(20. August 1781.) Die französischen Offiziere in der Infanterie und Kavallerie sollen künftig nicht mehr über den Fähnrichsrang befördert werden können, wenn sie nicht die strengsten Beweise für vier Adelsgrade erbringen. Der Nutzen, den man von einer solchen Reform zu erwarten scheint, ist schwer zu erkennen.“

Zum Glück für Frankreich wird Anfang 1783 der **Friede** mit England geschlossen. Die Wahl des neuen Botschafters in London, Herrn Adhemar, gibt Anlaß zu einer interessanten Bemerkung:

„(17. Februar 1783.) Die Ernennung Adhemars hat im Publikum überrascht, da es sich um einen jungen Herrn handelt, der einen zwar bedeutenden, aber nicht unangefochtenen Namen trägt. Er genießt die Gunst der Herzogin von Polignac, Favoritin der Königin, und der Einfluß dieser Souveränin hat meistens großes Gewicht.“

Der **Staatshaushalt** war nach dem Kriege völlig zerrüttet; in mehreren Depeschen weist **Dolfin** darauf hin, vergißt aber nicht, auch andere Dinge zu erwähnen. Während der Staat für eine Anleihe von 24 Millionen 8 Prozent Zinsen zahlen muß, kauft im Oktober 1783 der Hof die Villa von Rambouillet für 14 Millionen, damit der König bei Versailles eine gute Jagd habe... Neckers Nachfolger **Calonne** hatte eine schwere Zeit; im Dezember schrieb der Botschafter und im Februar 1784 nochmals an den Senat über die französischen Geldsorgen. Der Hof gibt das Geld nach Herzenslust aus. Im April 1785 empfinden die Prinzessinnen Adelaide und Victoria das Bedürfnis einer Badereise nach Vichy, die anderthalb Millionen kostet. Der venetianische Diplomat knüpft bittere Bemerkungen an diese Verschwendung; der Hof koste im Jahr 41 Millionen und jedes Jahr gebe es außerordentliche Ausgaben. Mit dem sechsten Teil dieses Geldes bestreite man an andern erstklassigen Höfen alles. Das Volk murrt besonders gegen die **Königin**.

Im Sommer des Jahres 1785 brach der verhängnisvolle Skandal aus, der unter dem Namen des **Halsbandprozesses** in der Geschichte bekannt ist. In neun Depeschen — die vier letzten stammen von Dolfins Nachfolger, Antonio **Capello** — unterrichtete die venetianische Botschaft den Senat über diese Affäre, die ohne eine greifbare Schuld das Ansehen der Dynastie aufs schwerste erschütterte. Es ist nicht ohne Reiz, in den klar gefaßten, anscheinend durchaus objektiven Berichten den Verlauf des Prozesses zu verfolgen.

Am 22. August sendet Dolfin den ersten, ausführlichsten Bericht, wie er ausdrücklich bemerkt, in Chiffreschrift. Am Himmelfahrtstag sollte der Großalmosenier Kardinal Fürst **Rohan** vor der Königsfamilie das Hochamt singen. Kurz vor der Stunde des Gottesdienstes war der König mit der Königin, dem Justizminister und dem Hofminister in einem Kabinett versammelt, wohin der Kardinal vorgeladen und zur Rechenschaft in einer Angelegenheit aufgefordert wurde, in der er nur seine Unschuld beteuern, aber keine befriedigende Auskunft geben konnte. Der König ließ auf der Stelle durch den Herzog von Villeroi den Kardinal verhaften und alle seine Schriften versiegeln. Am selben Tage noch wurde der Prälat nach Paris gebracht, wo er zunächst in seinem Palais, um Mitternacht aber in der Bastille eingekerkert wurde. Auch in seiner Pariser Wohnung wurden in seiner Gegenwart Siegel angelegt. Gleichzeitig wurden Kuriere ausgesandt, die im Landhaus des Kardinals und in seinem Palais in Straßburg alles ver-

wir (und ähnlich die ganze übrige Welt) uns heute befinden, der sich jetzt von Monat zu Monat, fast von Woche zu Woche weiter verschärft, und in dem es anscheinend überhaupt kein Halten mehr gibt — zu dem ist es doch erst in der zweiten Kriegshälfte, in vollem Umfange erst seit etwa einem Jahre gekommen. Es ist der Zustand, den der populäre Ausdruck als die **Entwertung des Geldes** kennzeichnet: so nämlich, daß nicht mehr individuell der einzelne Gegenstand höher bezahlt werden muß, weil wirklich seine Herstellungskosten stiegen, sondern daß alle Preise in eine phantastische Aufwärtsbewegung geraten sind, einfach mit der Begründung, daß „alles andere ja auch so viel teurer" geworden sei, daß mit einem Worte jede Ware und jeder Dienst sich in ihrem Preise der allgemeinen Steigerung angepaßt haben, und es nun in der Tat beinahe einfacher und verständlicher ist, nicht von den steigenden Preisen der Waren und der Dienste, sondern von dem sinkenden Werte der Rechnungseinheit, des Geldes, zu sprechen — die Mark, die Krone, der Rubel, der Franken, das Pfundsterling usw. sind nur noch zwei Drittel, die Hälfte oder wer weiß welchen noch kleineren Bruchteil dessen wert, was man vor dem Kriege darunter verstanden hatte, denn man kann ja nur noch den entsprechenden Bruchteil dafür kaufen.

So hat man dann auch die Erklärung schnell bei der Hand: daß es die Notenwirtschaft, die **Papierwirtschaft** sei, die mit ihrer natürlichen Folge, der **Inflation**, diese Entwertung des Geldes verschuldet habe. Aber das gibt eine volle Erklärung doch nur für Länder wie **Rußland**, wo wirklich, im Kriege und erst recht nachher in der Revolution, die Notenpresse so ziemlich das einzige Mittel der Staatsfinanzierung geworden ist, und wo gleichzeitig der Glaube an das Geldzeichen ebenso dahinschwand wie das Vertrauen in die private Bank- und Kreditorganisation. Dort ist das Geld in der Tat entwertet bis zur Wertlosigkeit. Der Bauer verkauft seine Waren nicht mehr, weil ihn das Geld nicht reizt, das er dafür bekäme. Er kann nicht nur jetzt, wegen des Mangels, nichts dafür kaufen, was er braucht; er glaubt auch nicht, in Zukunft wieder viel dafür kaufen zu können; er glaubt nicht an die Staatsanleihe, die er dafür erwerben, und nicht an die Sparkasse, von der er dafür Zinsen bekommen könnte; er rechnet die Größe seines Besitzes an diesen fragwürdigen Notenzetteln schon nicht mehr nach ihrem Nennwert, sondern nach ihrem Gewicht; und er wird wahrscheinlich nächstens damit Feuer anmachen. Das ist die Assignatenwirtschaft wie in der französischen Revolution. Ganz anders in Westeuropa und besonders in **Deutschland**. Gewiß ist es auch für uns sehr ernst, daß statt der etwa 2½ Milliarden Reichsbanknoten, mit denen der deutsche Zahlungsverkehr vor dem Kriege auskam, jetzt rund 16½ Milliarden dieser Noten und dazu rund 7½ Milliarden Darlehnskassenscheine umlaufen. Aber ein Teil davon befindet sich in den okkupierten Gebieten; ein anderer Teil bildet den Ersatz des aus dem Verkehr an die Reichsbank zurückgeflossenen Edelmetallgeldes; ein starkes Plus an Zahlungsmitteln erfordert, solange die Entwicklung des bargeldlosen Verkehrs keinen Ausgleich schafft, die Preissteigerung der Waren selbst; es ist nur ein Bruchteil dieses Milliardenmehrumlaufs, der unverwendet aufgespeichert ist. Denn die Hauptsache blieb: der staatliche, wie der private Kredit in Deutschland ist völlig unerschüttert. Das zeigt das ständige, riesige Anwachsen der Einlagen bei den Genossenschaften, den Sparkassen, den Banken; das zeigt vor allem der bis zur Gesetzmäßigkeit gleichbleibende Erfolg der Halbjahr für Halbjahr wiederkehrenden Kriegsanleihe-Emissionen. Es ist nicht so bei uns (wie es in Rußland ist), daß dem Verkehr ständig mehr und unter ständig wachsender Entwertung papierne Geldzeichen aufgezwungen würden; ein Verkehr, **dessen Kreditwesen gesund** ist, läßt sich, cum grano salis, nicht mehr Geldzeichen aufzwingen, als er halten will, weil nämlich alle anderen durch die Banken usw. recht schnell wieder zurück strömen. Sondern es ist umgekehrt: der Verkehr hält die Noten fest, und die Kriegsanleihen pumpen sie regelmäßig wieder zurück; und wenn uns nach Friedensschluß noch eine Uebergangs-Anleihe gelingt, die auch die Restschulden des Reichs fundiert, wenn dann, was freilich noch viel schwieriger sein wird, auch die einzelnen Bundesstaaten, Kommunen etc. ihre jetzigen großen Schulden bei der Darlehnskasse durch Anleihe-Ausgabe oder auf anderem Wege fundieren, dann wird auch das jetzt „gehamsterte" Papiergeld aufgesogen sein.

Mit anderen Worten (und ganz im großen gesehen): der Papiergeldumlauf nur, soweit er nicht umläuft und eigentlich Kriegsanleihe sein sollte, dafür aber in entscheidendem Maße die **Kriegsanleihe-Milliarden selbst und das, was ihnen zugrunde liegt**, sind die **Hauptursachen der Geldentwertung**. Denn Geldentwertung ist die regelmäßige Folge künstlich geschaffener „**zusätzlicher Kaufkraft**" — einer Kaufkraft, die eben nicht sich aufbaut auf den Werten, die der Käufer erst geschaffen hat und die er nun im Tausche hingibt, sondern die nur auf dem Papier erzeugt wird und nun Papier gegen Werte tauschen will. Das aber ist das Grundlegende in der Finanzgebahrung aller kriegführenden Staaten: sie leben alle, wenn auch mit Gradunterschieden, von den Schulden. Und diese Schuldenwirtschaft schafft nun künstliche Kaufkraft in noch nie erlebten Maßen. Zuerst dem Staate, der verschwenderisch, und nicht an das Geld, nur an die Waren denkend, seine Schuldenzettel ausstreut. Dann denen, die an ihm verdienen, den Unternehmern, den Riesenmassen der Munitionsarbeiter. Endlich den Erwerbern der Kriegsanleihe selbst. Denn diese bilden sich zum größten Teile ein, daß sie im Kriege reicher geworden seien, um den Betrag der Kriegsanleihen, die sie kauften. Sie rechnen vielfach nicht, um wie viel ihr bisheriger Besitz geringwertiger geworden ist durch Verbrauch, Verschleiß, durch die stille Liquidation von Vorräten und Inventar, von der wir früher sprachen. Sie rechnen vor allem nicht, daß die Schuldverschreibungen des Reichs, die ihnen nun im Kasten liegen, im Grunde Schuldforderungen an sie selber sind, weil ja das Reich nichts anderes ist als die solidarische Gemeinschaft der Bürger, für deren Schulden jeder einzelne mit zu haften hat. Man stelle sich vor, in einem Lande mit 4 mal x Milliarden Volksvermögen habe der Krieg die Hälfte, 2 mal x Milliarden, aufgezehrt, der Staat aber habe üppig 4 mal x Milliarden dafür in Anleihescheinen gezahlt. Dann wird die Addition der Einzelvermögen 2 plus 4 gleich 6 mal x Milliarden ergeben, und die Bürger können sich einbilden, anderthalb mal so reich wie vorher zu sein, obwohl in Wirklichkeit nur noch die Hälfte ihres früheren Gesamtvermögens, nämlich die nicht aufgezehrten 2 mal x Milliarden da sind. Die Einbildung aber macht es — zusätzliche Kaufkraft, in Konkurrenz mit einem intensiven Warenmangel, Geldentwertung, Preisrevolution!

In diesem Zusammenhange mit dem Preisproblem erhellt die über das rein Staatsfinanzielle weit hinausgehende Bedeutung der oft erhobenen Forderungen nach **Sparsamkeit bei der Ausgabe der Schuldengelder** und nach **rücksichtslos scharfer Steuerpolitik** schon während des Krieges zur Eindämmung des Schuldenwachstums. Mit den Steuern sind wir noch am Anfang. Und mit der Gewinnverminderung bei den Heereslieferungen? Eine Anzahl von Aktiengesellschaften verteilen jetzt niedrigere Dividenden als die mächtig gesteigerten des Vorjahrs. Aber der Direktor eines solchen Werks gab kürzlich einem klagenden Aktionär offen die Erklärung: es sei „an alle großen industriellen Werke ein vertraulicher Wink von oben ergangen, aus leicht zu erratenden Gründen von der Verteilung hoher Dividenden abzusehen!" Also bleibt es bei den Riesengewinnen und nur das Versteckspiel in den Bilanzen wird noch feiner ausgebildet? Dann wird nach der gepriesenen „Hochkonjunktur des Kriegs" der Rückschlag nur um so schlimmer sein. Denn dann wird auf der Uebergangswirtschaft zu allen anderen Sorgen auch noch als unabweisbare Aufgabe die lasten, dem Aufblasen der Preise durch eine fiktive Kaufkraft mit raschem, kraftvollem Steuergriff ein Ende zu machen und die notwendige Sparsamkeit zu erzwingen. Das Land, das damit vorangeht, wird nicht nur als erstes mit geordneten Finanzen auch seine staatliche Kraft wiederherstellen, es wird durch das so erreichte Zurückschrauben der Preise auch einen mächtigen Vorsprung in der wirtschaftlichen Konkurrenz auf dem Weltmarkte erlangen. Leider steht Deutschland damit heute nicht an der Spitze.

Es wird ja nach dem **Kriege** in jedem Falle **eine neue Revolution der Preise** kommen, **eine neue Einstellung des Preisniveaus**, bei der die teils nach oben, teils nach unten zerrenden Faktoren zunächst wild durcheinander wirken werden. Der Riesenbedarf des Krieges hört dann auf. Aber der Jahre hindurch ungestillt gebliebene Warenhunger der Bevölkerungen wird sich dafür melden. Die Bevölkerungszahl ist kleiner geworden, durch die furchtbaren Opfer des Krieges, durch die hohe Sterblichkeit und die geringe Geburtenzahl daheim. Aber die Produktionskraft der Ueberlebenden ist wohl noch mehr zurückgegangen, denn es sind die Besten und Kräftigsten, die nicht mehr wiederkommen, und auch an der Arbeitsfähigkeit der anderen zehrte der Krieg. Manche großen Fortschritte der Technik hat der Krieg hervorgerufen, die nach dem Kriege die Versorgung der Menschen erleichtern werden. Aber die alte Produktion der Landwirtschaft wie der Industrie ist schwer gehemmt und wird Jahre brauchen, bis sie sich durch Wiederherstellung ihrer Ausrüstung usw. wieder auf ihre frühere Höhe heben kann, und z. B. in Frankreich, in Rußland steht das noch unendlich viel schlimmer. Ein großer Teil der Welt ist (zum Schaden unserer Exporthoffnungen) im Eiltempo industrialisiert worden. Aber die Entwicklung derjenigen Länder über See, die trotz ihrer Kriegsgewinne noch auf fremde Kapitalzufuhr angewiesen bleiben, wird sich arg verlangsamen; denn Europa wird ihnen dieses Kapital in der nächsten Zeit nicht zu liefern vermögen, und auch Amerika, dessen Eintritt in die Reihe unserer Gegner uns gerade auch alle Probleme der Uebergangswirtschaft so außerordentlich erschwert, beeilt sich ja eben durch seine Teilnahme am Krieg und an seinen Kosten den riesigen kapitalistischen Vorsprung wieder zu beseitigen, den ihm die ersten Kriegsjahre seiner Neutralität gebracht hatten. Hohe Preise werden zu Produktionssteigerung, hohe Arbeitslöhne zu Selbstkosten-Verminderung durch Rationalisierung der Arbeit anreizen. Aber auch die Neigung zur Kartellierung wird gewachsen sein und mit ihr die Möglichkeit, die Preise hoch und die Konkurrenz mäßig zu halten und den Vorteil technischer Verbesserungen nicht den Verbrauchern, sondern den kartellierten Unternehmern zuzuführen. Und so könnte man noch länger hin- und herrechnen. Im ganzen ist sicher mit einem **Rückgang** der Preise von der jetzigen Phantasiehöhe zu rechnen, schon weil mit Kriegsende, mit dem Wegfall des Heeresbedarfs, die Schuldenwirtschaft aufhören muß (wenigstens im entscheidenden Umfange; wir kommen darauf noch zurück!), weil die schwersten Hemmnisse für die Erzeugung von Friedensbedarf schwinden, auch weil die größten Risiken des Kriegshandels, die größten Erschwerungen und Verteuerungen des Seeverkehrs und anderes dann fortfallen. Die Frage ist nur, wie weit der Rückgang geht, auf welchem Niveau die Preise sich von neuem setzen. Denn, daß die Preise auch nach dem zu erwartenden Rückgang **noch immer gewaltig hoch bleiben** werden, ungeheuerlich im Vergleich zu dem Stande vor dem Kriege, darauf ist ebenfalls mit ziemlicher Bestimmtheit zu rechnen; die Geldentwertung ist zu tiefgehend, die Verarmung der Menschheit an Sachgütern zu groß, und die preishaltenden Faktoren, deren wichtigste wir aufzählten, sind zu zahlreich, als daß man etwas anderes erwarten könnte; wahrhaft erstaunlich, wie angesichts solcher Aussichten zahlreiche Leute sich schon wieder der altgewohnten Diskussion über hohe und noch höhere **Schutzzölle** hingeben, als würde mit Friedensschluß sofort wieder alles so sein wie vor dem Kriege!

Wir werden um viel Dringenderes zu sorgen haben. Haben wir nach dem Kriege bei hochbleibenden Preisen gute Beschäftigung, gute Konjunktur, dann wird sich der **Arbeitslohn** unter Schwankungen, die ernst genug werden mögen, dem neuen Preisniveau wieder anpassen können, wie er sich in den meisten Industriezweigen auch den Kriegspreisen angepaßt hat. Dann werden, wie ein gescheiter Beobachter gesagt hat, das **wahre Proletariat der Zukunft** die **Festbesoldeten** sein, vom Briefträger und Kontoristen bis zum Staatsminister — das riesige, während der letzten Jahrzehnte herangewachsene Heer der Beamten und Angestellten, denen ebenso wie dem gleichfalls schwer bedrohten **Mittelstande** erfahrungsgemäß die Ausgleichung von Einkommen und Teuerung noch viel schwerer fällt als dem Arbeiter. Das mag in manchem, den bisher die Sicherheit der monatlichen Bezüge und die Pensionsberechtigung lockten, den Drang zur Selbständigkeit wieder wecken. Aber für die, schon im Kriege nicht überall stichfest gebliebene Integrität der Beamtenschaft wird es auch eine außerordentliche Bedrohung sein, die den Staat zur Aufwendung von Milliarden für Gehaltserhöhungen zwingen kann. Noch unendlich ernster, weil weit umfassender, wäre der andere Fall, daß wir bei hochbleibenden Preisen durch eine schlechte Konjunktur, durch eine Depression des Arbeitsmarkts hindurch müßten: dann würde die Welt, auch ohne die politische Erregtheit der Kriegsfolgezeit, **soziale Kämpfe** von unausdenkbarer Schärfe erleben. Aber auch, wenn wir davon verschont bleiben, sind die revolutionierenden Folgen der Preisrevolution noch nicht erschöpft. Zu der ungeheuren Vermögens-Umschichtung des Krieges fügt sie eine weitere, im stillen vor sich gehende Umschichtung zu Gunsten des **Schuldners**, zu Lasten des **Gläubigers**: glücklich, wer jetzt eine Schuld zurückzahlt, die er vor dem Kriege aufnahm, er zahlt um so viel weniger, als das Geld heute weniger wert ist; aber unglücklich, wer heute eine neue Schuld aufnehmen muß, die erst in Jahren fällig wird. Das ist ein Fall. Die **Preissteigerung von landwirtschaftlichem Grund und Boden**, in die sich die Geldentwertung allmählich, aber immer stärker fortsetzt, ist ein zweiter. Und die **Wertsteigerung vorhandener industrieller Anlagen**, die den Besitzern auch noch für die nächsten Jahre nach dem Kriege einen fast prohibitiv wirkenden **Schutz gegen neu entstehende Konkurrenz** gewährt, ist ein dritter. Ihn mögen insbesondere diejenigen überlegen, die jetzt, ohne tiefer nachzudenken, gar nicht genug gegen Eingriffe des Staates in die Wirtschaftsfreiheit eifern können. Die jetzt für den Krieg arbeitende alte Industrie hat ihre Bauten und durch größte Abschreibungen und Rücklagen hat sie sich stark gemacht, auch die jetzt verbrauchten Maschinen und Einrichtungen schnell wieder zu ersetzen. Wie aber soll der junge Industrielle nach dem Kriege neue Gebäude, Maschinen und Einrichtungen aufstellen bei den Preisen, die er dann dafür zahlen müßte? Ist das „Freiheit des Gewerbes"? Wahrhaftig, es gibt schwerere Bedrohungen und Einschränkungen für sie als eine der Notwendigkeit folgende Staatsaufsicht für den Uebergang!

Schließlich: wir sind mit der Preisrevolution des Krieges noch nicht einmal am Ende. Sie hat auf einem Gebiet erst jetzt schärfer eingesetzt, auf dem der **Mieten**. Nun droht nach dem Kriege nach dem Urteil der Sachverständigen ein schwerer Wohnungsmangel, weil Jahre hindurch, auch schon vor dem Kriege, wenig und dann so gut wie gar nichts gebaut worden ist. Neue Häuser sind, bei der Preissteigerung aller Materialien, nur mit gewaltig gesteigerten Kosten zu erstellen. Sollen die Mieten der alten, billigen Häuser auf die für die Neubauten nötige Miethöhe hinaufschnellen? Das ist nicht zu dulden, ein Eingriff muß erfolgen. Gegen die Freiheit? Gewiß; aus Notwendigkeit! Das aber führt uns zu einem weiteren, schweren Preisproblem der Uebergangswirtschaft, von dem noch besonders die Rede sein muß.

Türkei.

Aserbeidschan.

Konstantinopel, 3. Juli. (W. B.) Agentur Milli. **Emin Bey**, der Vorsitzende der republikanischen Nationalversammlung von **Aserbeidschan**, gegenwärtig in Konstantinopel in der Eigenschaft eines ersten Abgeordneten, gewährte einem Vertreter der Agentur Milli eine Unterredung über die Republik Nord-Aserbeidschan. Sie erklärte ihre Unabhängigkeit am 28. Mai und umfaßt die Provinzen Baku, Jelisaetpol, einen Teil der Provinz Tiflis und Eriwan. Der Flächeninhalt beträgt 100 000 Quadratkilometer, die Bevölkerung beläuft sich auf ungefähr drei Millionen, von denen 75 Prozent vollständig türkisch und muselmanisch sind. Die Volksvertretung aus 44 Abgeordneten Aserbeidschans, früheren Mitgliedern des südkaukasischen Reichstages, bildete unter dem Vorsitz von Fetith Ali Khan ein Kabinett von zwölf Mitgliedern. Dieses Kabinett führt gegenwärtig die Regierung des Landes. Die gesetzgebende Versammlung wird sechs Monate später zusammentreten und Entscheidungen treffen über die spätere Form der Republik Aserbeidschan. Osmanische Lehrer sind jetzt damit beschäftigt, die Organisation des Heeres vorzunehmen, Polizei und Gendarmerie werden organisiert, der Sitz der Regierung Aserbeidschans ist Baku, aber da diese Stadt in Händen von Bolschewikibanden ist, befindet sich die Regierung vorläufig in Jelisaetpol. Die osmanische Armee in Jelisaetpol leitete mit militärischen Kräften die Operationen Aserbeidschans zur Befreiung Bakus ein. Die Bevölkerung Aserbeidschans ist sehr fleißig und sehr handeltreibend. Von Anfang des Weltkrieges an waren ihre Sympathien stets auf Seiten der brüderlichen Türkei und ihrer Verbündeten.

Zur Verhältniswahl für den Reichstag.

Von Bürgermeister Dr. Luppe (Frankfurt a. M.).

Der **Verfassungsausschuß des Reichstags** hat nunmehr seinen Bericht über die Vorlage zur Ausführung der Verhältniswahl erstattet. Die Anträge bringen eine Verbesserung, der hoffentlich auch das Plenum und der Bundesrat zustimmen werden, die automatische Einführung der Verhältniswahl in alle Wahlkreise, deren Einwohnerzahl nach den beiden letzten Volkszählungen 300 000 übersteigt, verbunden mit Vermehrung der Abgeordnetensitze um einen für jede angefangenen 200 000 Einwohner. Als bedenkliche Erschwerung muß dagegen für jeden Praktiker die Vermehrung der Unterschriften unter einen Wahlvorschlag von 25 auf 50 erscheinen. Ein wenig brauchbares Resultat hat aber vor allem die Behandlung der **Wahlsystemfrage** ergeben. Aus dem Bericht geht hervor, daß man jedes eingehendere Studium der verschiedenen Systeme vermieden und lediglich aus der unbestimmten Angst vor einem Mißgriffe die **gebundenen Listen** gewählt hat. Besonders unverständlich ist, daß diese Anregung zu starker Einschränkung der Freiheit des Wählers von den Parteien der Linken ausgegangen ist. Die Berufung auf die gute Wirkung der gebundenen Listen bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichtswahlen ist verfehlt, da es sich dabei stets um eine große Zahl dem einzelnen Wähler meist unbekannter Vertreter seiner Richtung handelt, bei der Reichstagswahl aber auch die Person des Kandidaten eine große Rolle spielt.

Nach dem Vorschlag des Ausschusses darf der Wähler auf seinen Zettel nur die Namen **eines** Wahlvorschlags (d. h. einer Partei) setzen, er darf nicht panachieren, d. h. Kandidaten verschiedener Parteien auf seinen Stimmzettel setzen. Innerhalb des Parteizettels darf er die Reihenfolge ändern und streichen, aber alle diese Aenderungen sind auf das Resultat **ohne Einfluß**, ein reines Privatvergnügen des Wählers! Dies System heißt denn doch den Wähler direkt irreführen, dann wäre es doch schon richtiger gewesen, die **streng** gebundenen Listen zu wählen. Zudem ist die gewählte Fassung völlig mißverständlich. § 9 Abs. 2 soll lauten: „Die Namen auf den einzelnen Stimmzetteln dürfen nur einem der öffentlich bekanntgegebenen Wahlvorschläge entnommen sein." Gemeint ist, daß sie nur „je einem" oder „ein- und demselben" Wahlvorschlage entnommen sein dürfen. Die Fassung müßte unmißverständlich lauten: „Jeder Wähler darf die Namen auf seinem Stimmzettel nur einem, nicht mehreren der öffentlich bekanntgegebenen Wahlvorschläge entnehmen; Stimmzettel, welche Namen aus verschiedenen Wahlvorschlägen enthalten, sind ungültig." Letzterer Zusatz erscheint für die Praxis **unbedingt nötig**, gerade diese Bestimmung wird viel Unzufriedenheit bei den Wahlen hervorrufen. **Notwendig** wäre auch eine Bestimmung, daß einem Wahlvorschlage alle gültigen Stimmzettel zuzuzählen sind, welche auch nur **einen** Namen aus dem Wahlvorschlag enthalten.

Selbst mit diesen Korrekturen bleibt aber das Resultat bedauerlich. Dem Wähler wird eine gewisse Freiheit vorgespiegelt, die ohne jede Wirkung ist, ja selbst wenn die **Mehrheit** der Parteiwähler die Reihenfolge ändert oder streicht, ist dies **ohne jede Wirkung**, da stets die Reihenfolge auf dem Wahlvorschlage entscheidet; wer auch nur einen der 9 oder 12 Kandidaten einer Partei wählt, wird als voller Wähler der Partei gerechnet. Selbst wenn man das Panachieren nicht wollte, hätte doch bezüglich der Reihenfolge innerhalb der Partei Spielraum gewährt werden müssen, nachdem schon der Regierungsvorschlag einen gangbaren Weg gezeigt hatte. Ich fürchte, daß der jetzige Vorschlag die Minderheiten innerhalb der Parteien erst recht zwingt, eigene Listen einzureichen, da sie nach ihm selbst dann ohnmächtig sind, wenn die Mehrheit der Parteiwähler hinter ihnen steht. Das gewählte System ist gewiß einfach und verhindert jede Ueberraschung, wird aber m. E. berechtigte Unzufriedenheit hervorrufen. Eine Aenderung durch das Plenum ist kaum zu erwarten; man kann nur bedauern, daß der Reichstag die Gelegenheit verpaßt hat, ein für alle anderen Stellen vorbildliches Wahlsystem zu schaffen.

Amerika.

Neue Marinevorlage.

□ Basel, 5. Juli. (Priv.-Tel.) Nach einem Bericht der „Neuen Zürcher Zeitung" aus New York hat Wilson eine Vorlage für die **Marine** unterzeichnet die sich auf 1 573 484 415 Dollars beläuft. Dies ist die höchste Summe, die jemals für eine einzelne Marineausgabe bewilligt wurde. Während des vergangenen Jahres hat der Kongreß im ganzen für die Marine eine Summe von 3 250 Millionen Dollars bewilligt.

Panama. — Das mexikanische Petroleum.

dt Bern, 5. Juli. (Priv.-Tel.) Ein Telegramm aus Washington meldet dem „Journal des Débats" zufolge: Der Gouverneur von **Panama** hat den Staatssekretär des Aeußern benachrichtigt, daß infolge der Verschiebung der Wahlen die **innere Lage** der Republik Panama **ernst** ist. Nach der Agencia Americana befürchtet man sogar Unruhen. Truppen der Vereinigten Staaten üben in den Städten Panama und Colon angeblich nach dem Vertrag von 1904 die Polizeigewalt aus.

Die **nordamerikanischen Petroleumgesellschaften** im Petroleumgebiet von **Mexiko** haben der Agencia Americana zufolge bei der mexikanischen Regierung um die Erlaubnis nachgesucht, zum Schutze der Anlagen eine berittene Polizeitruppe unter dem Kommando von **Offizieren der Vereinigten Staaten** bilden zu dürfen. (Es ist klar, daß dieses Ansinnen einen Eingriff in die mexikanischen Hoheitsrechte bedeutet. D. Red.)

---

siegeln mußten. Die Gegenwart der Königin bei der ungewöhnlichen und formlosen Befragung des Kardinals gab der ganzen Angelegenheit sofort eine besondere Bedeutung. Die Vorgeschichte, die den Kern der ganzen Angelegenheit enthält, schildert die Depesche mit folgenden Worten:

„Der Hofjuwelier Bohemer hatte ein herrliches **Halsband aus Diamanten** im Wert von 1 600 000 Franken angefertigt. Die Königin wollte es kaufen, der König glaubte aber eine solche Ausgabe angesichts der durch die Kriegsschuld erschwerten Lage des königlichen Schatzes nicht zulassen zu können. Bald darauf erschien bei dem genannten Juwelier Bohemer eine Person mit zwei Briefen; einer erschien von der Hand der Königin geschrieben und unterzeichnet, und darin stand, daß sie das Juwel übernehme und es in vier Teilzahlungen von je 400 000 Franken zahlen werde, der andere war ein Brief des Kardinals von Rohane, der Bohemer bat, sich über dieses Geschäft mit ihm zu verständigen, und ihm versicherte, daß er das Juwel ohne weiteres dem Briefüberbringer aushändigen könne. Bohemer glaubte, dieser Umweg sei nur ein Vorbehalt der Königin, um ihrem königlichen Gatten in diesem Augenblick den Kauf nicht zu offenbaren, den sie aus ihren Privatmitteln auszuführen entschlossen war, und, durch das Gewicht der in seine Hände gelegten Dokumente bewogen, übergab er das Juwel. Als die Termine der Teilzahlungen verstrichen, ging Bohemer zum Kardinal, der ihn mit guten Worten und gelegentlich mit kleinen Abzahlungen zu beruhigen suchte; aber schließlich ließ der Juwelier, der Vertröstungen müde, der Königin ein dringendes Gesuch übergeben, die über die ihr völlig unbekannte Angelegenheit höchst erstaunt war."

Der Kardinal hatte das Halsband einer Gräfin **La Motte** übergeben, angeblich um die Diamanten im Ausland einzeln zu verkaufen; die Dame war aus Paris verreist. Am 29. August berichtete der Botschafter, daß sich diese Affäre immer mehr verwickele. Die La Motte sei mit ihrem Gemahl in einem Winkel Frankreichs verhaftet und nach der Bastille gebracht worden. Außerdem seien der „Edelmann des Kardinals", der schweizerische Baron v. **Planta**, und Graf **Cagliostro**, über den die Depesche einige Einzelheiten angibt, mit seiner Gattin verhaftet. Am 12. September berichtete Dolfin, daß Rohan gebeten hatte, ihn vor den Gerichtshof des Parlaments zu stellen, was der König bewilligte, am 26. September, daß die Gräfin La Motte, auf die der Kardinal jede Schuld schob, Irrsinn simuliere. Es scheine erwiesen, daß ihr Gatte, der im Gegensatz zu der früheren Meldung sich der Verhaftung durch die Flucht entzogen hatte, einen Teil der Juwelen im Ausland verkauft habe.

Während dieses Skandals ging die Finanzverwaltung des Reichs immer mehr in die Brüche; das öffentliche Vertrauen war völlig erschüttert. Alles sehnte sich nach Necker zurück, dem aber nicht einmal die Teilnahme an der Vermählung seiner Tochter mit dem schwedischen Gesandten, Baron von **Stael**, gestattet wurde, weil seine Gegner ihn um jeden Preis vom König fernhalten wollten.

Am 8. Mai 1786 sandte der neue Botschafter Capello seine erste Depesche über den Halsbandprozeß:

„Nach Bekanntwerden der Verteidigung des Kardinals erkennt man klar, daß er nicht des Betrugs schuldig war, sondern ein Opfer der Umtriebe und Machinationen der Dame La Motte, und daß sein Fehler nur der war, zu leichtgläubig und zu schwach zu sein. Sein Unglück würde noch mehr bedauert, wenn sein Privatleben etwas eingezogener gewesen wäre."

Drei Wochen später kündigte der Botschafter die bevorstehende Gerichtsverhandlung an: die Veröffentlichung der Denkschriften der Angeklagten sei so stark im Publikum verbreitet worden, daß die Buchhändler dafür 10 000 Zechinen eingenommen hätten. Eine Frau erscheine als die Hauptschuldige, und der Kardinal sei von der öffentlichen Meinung zum voraus freigesprochen. Am 5. Juni konnte Capello in der Tat das Urteil nach Venedig melden: die Dame **La Motte** sollte, den Strick um den Hals, gestäupt und auf beiden Schultern gebrandmarkt, endlich rasiert und auf Lebenszeit ins Hôpital eingesperrt werden. Ihr Gatte wurde in contumaciam verurteilt, ihr Vertrauensmann **Villette**, der den Brief der Königin gefälscht hatte, aus Frankreich verbannt, eine gewisse **Oliva**, die als Königin Marie Antoinette vermummt im Schloßpark von Versailles dem Kardinal eine geheime Zusammenkunft gewährt hatte, wurde freigelassen „mit einer Phrase, die nicht recht freispricht noch verurteilt". Der Kardinal und Cagliostro wurden freigesprochen.

„Wenn dies der Richterspruch war, über den ich mich nicht auslassen will," schreibt Capello dazu, „so muß das, was von Seiten des Hofs erfolgt ist, überraschen. Die Vollstreckung des Urteils gegen die La Motte ist vertagt ... Die Oliva ist immer noch im Gefängnis. Cagliostro muß in drei Tagen Paris und in fünfzehn das Königreich verlassen. Der Kardinal erhielt vom König den Befehl, vorläufig ins Exil auf seine Abtei zu gehen, das Amt des Großalmoseniers niederzulegen und den Cordon des Ordens zurückzugeben. Vom Parlament wurde er von der ihm zugeschriebenen Schuld völlig freigesprochen, die ihm zum Verhängnis geworden wäre, wenn er nicht unschuldig war; da er aber von allzu mächtigen und an seinem Fall interessierten Feinden verfolgt wird, so hat man ihm ein schweres Vergehen anderer Art zugeschoben, das vermeintliche nächtliche Stelldichein mit der Königin zum Zwecke, ihr in einer vom König nicht gewollten Angelegenheit behilflich zu sein; in dieser Weise hat man, da man die tatsächlich nicht bestehende Schuld nicht bestrafen konnte, die bloße Absicht aufs allerstrengste bestraft."

Am 26. Juni 1786 meldet die letzte Depesche, daß das Urteil an der La Motte vollstreckt und der Kardinal immer noch auf seiner Abtei interniert sei, wo er bleiben müsse, bis seine auf vier Millionen geschätzten Schulden getilgt sein würden.

Wie ein Symbol mutet der letzte von Pietro Orsi wiedergegebene Bericht aus dem Jahre 1786 an, dem später noch die Depeschen der beiden nächsten Jahre folgen sollen:

„(18. Dezember 1786.) Das **Schloß von Versailles** ist in einigen Teilen dem Einsturz nahe, und da man zum bequemen Aufenthalt der zahlreichen königlichen Familie größere Räume braucht, wurde beschlossen, nächstes Jahr die nötigen Reparaturen und Bauten vorzunehmen ... Da aber all das eine sehr große Ausgabe erfordert, könnte es meiner Meinung nach unschwer auf längere Zeit verschoben werden."

Die Arbeiten wurden in der Tat verschoben — so lange, bis sie nicht mehr ausgeführt zu werden brauchten, weil zwar nicht der Palast von Versailles, aber das Gebäude der königlichen Macht Frankreichs zusammenbrach.

Hektor G. Preconi.

Eine Georg Büchner-Reliquie.

Von H. H. Houben.

Seit einigen Jahren steht Georg **Büchner** wie ein Mitlebender im Kreise des jüngsten Deutschlands. Seine wenigen Dramen, „Dantons Tod", „Wozzeck" und „Leonce und Lena", sind mit tiefer Wirkung über eine Reihe von Bühnen gegangen. Mehrfache Neudrucke sind davon erschienen. Eine neue Sammlung seiner Werke hat Paul Landau herausgegeben, und in Litzmanns „Bonner Forschungen" hat Max Zobel von Zabeltitz eine kluge und gründliche Studie über des Dichters Schaffen veröffentlicht. Was über Büchners Leben zu sagen war, hatte sein erster Biograph Karl Emil Franzos (1879) schon vorweggenommen. Seine Nachfolger haben ihn zwar in der mehr oder weniger geistreichen Erfassung der Psyche Büchners und in der Form der Darstellung überholt. Dem Inhalte nach aber sind sie auch nicht um eine neue Tatsache, kaum um ein ärmliches Datum über ihn hinausgekommen. Zu den von Franzos und vor ihm schon (1850) von Ludwig Büchner gedruckten Fragmenten von Briefen Georgs an seine Eltern, seine Braut und an Karl Gutzkow ist meines Wissens bis heute auch nicht eine Zeile hinzugekommen, und in sämtlichen Autographensammlungen Deutschlands, vielleicht sogar der Welt, scheint der Dichter des „Danton" überhaupt nicht vertreten zu sein. Nicht einmal ein Faksimile seiner Handschrift erinnere ich mich irgendwo gesehen zu haben.

Die tragikomische Geschichte von Büchners Nachlaß hat Franzos vor Jahren erzählt. Die biedere Familie hatte bei der Veröffentlichung der nachgelassenen Werke dessen, den sie nur als einen verlorenen Sohn zu verachten pflegte, lediglich das eine Ziel, möglichst viel Geld dabei herauszuschlagen, und als die ebenso philiströse Braut des Toten davon hörte, ohne selbst an dem lächerlich geringen Gewinn beteiligt zu sein, hatte sie nichts Eiligeres zu tun, als alles, was sie an Papieren ihres Verlobten besaß — außer den Briefen an sie das Tagebuch des Dichters und ein vollendetes Drama „**Pietro Aretino**" — zu vernichten! Wer viel mit den Nachkommen unserer Geisteshelden zu tun gehabt hat, weiß aus eigener Erfahrung, daß solche herostratische Heldentaten keineswegs etwas Seltenes sind. Dieser Mangel an notdürftigster Pietät hat die Quellen zu Büchners Leben frühzeitig verschüttet. Schon als Karl Gutzkow, der bekanntlich das Verdienst hat, „Dantons Tod" zum Druck befördert und den neuen Dichter mit heißen Worten der Welt gepredigt zu haben, im Jahre 1837 die Oeffentlichkeit um Briefe und ähnliche Dokumente des eben Verstorbenen ansprach, lief auch nicht **eine** Antwort ein.

Damals lebten noch alle Zeugen dieser allzu kurzen Jünglingslaufbahn, wenn auch die Zahl der Briefe Büchners sicher immer nur gering war. Die politische Verschwörerrolle, in der sich Büchner gefiel, war für die nächsten Freunde zweifellos Anlaß genug, seine Briefe sofort nach Empfang zu verbrennen, und der Steckbrief, der dem Flüchtling aus Darmstadt nachfolgte, dürfte ebenfalls dazu beigetragen haben, alle Spuren von ihm schleunigst zu verwischen. Durch diesen völligen Mangel an vertrauten Briefbekenntnissen wird der Mensch und Dichter Büchner immer ein Torso bleiben, den jede Zeit sich nach ihrem eigenen Sinne deuten kann, ohne jemals für die historische Wahrheit sich verbürgen zu können. Denn bei einem noch in der Entwicklung begriffenen Genius, der mit dreiundzwanzig Jahren „ein unvollendet' Lied", wie Georg Herwegh sang, im Grab verstummte, ist es keineswegs so leicht ausgemacht, was bei ihm „Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung" war.

Die zahlreichen heutigen Verehrer des Dichters werden daher Sinn haben für die Bedeutung der Büchner-Reliquie, die ich hier darbieten kann. Es ist ein Brief, der das Manuskript zu „**Dantons Tod**" auf seinem Wege zum Verleger Sauerländer in Frankfurt begleitete. Büchner sandte es also nicht, wie man bisher annehmen mußte, unmittelbar an Gutzkow mit dem bekannten Schreiben das als Aufschrei genial stolzer Verzweiflung immer den Wert eines klassischen Epigramms behalten wird, sondern zunächst an den Verlag, dem gegenüber er sich auf die folgenden rein geschäftlichen Zeilen beschränkte:

Darmstadt, d. 21. Febr. 35.

Geehrtester Herr!

Ich gebe mir die Ehre, Ihnen mit diesen Zeilen ein Manuscript zu überschicken. Es ist ein dramatischer Versuch und behandelt einen Stoff der neueren Geschichte. Sollten Sie geneigt seyn das (sic) Verlag desselben zu übernehmen, so ersuche ich Sie mich so bald als möglich davon zu benachrichtigen, im entgegengesetzten Falle aber das Manuscript an die Heyerische Buchhandlung dahier zurückgehn zu lassen.

Sie würden mich sehr verbinden, wenn Sie dem Herrn Carl Gutzkow den beigeschlossenen Brief überschicken und ihm das Drama zur Einsicht mittheilen wollten.

Haben Sie die Güte eine etwaige Antwort in einer Couverte mit der Adresse: an Frau Regierungsrath Reuß zu Darmstadt, an mich gelangen zu lassen. Verschiedene Umstände lassen mich dringend wünschen, daß dieß in möglichster Kürze der Fall sey.

Hochachtungsvoll verbleibe ich

Ihr ergebenster Diener

G. Büchner.

Sr. Wohlgeboren Herrn Johann David Sauerländer Buchhändler zu Frankfurt a. M.

Die beiden Adressen, die Büchner nennt, geben vielleicht Fingerzeige

Die Wahlen in Holland.

Die Wahlen des 3. Juli, die Holland auf fünf Jahre ein neues Parlament gegeben haben und die dem Lande eine neue Regierung bringen werden, haben sich ohne einen nennenswerten Wahlkampf vollzogen. Der Grund dafür liegt nicht in erster Linie in den Umständen des Krieges, die auch den neutralen Ländern die Pflicht auferlegen, nach außen hin die geschlossene nationale Front zu wahren, sondern wie in der Zeit vor dem Kriege, daß Holland im vorigen Jahre die Weltanschauungsfragen, die Parteien und Wahlen in den Wege des Kompromisses erledigt hat. Der Wahlkampf des Jahres 1913, der ungleich dem heutigen mit großer Leidenschaft geführt wurde, stand unter dem Zeichen des Kampfes um Schule und Wahlrecht. Die Klerikalen calvinistischen und katholischen Bekenntnisses, die Kuyper in einer Koalition zusammenhielt, forderten die Gleichstellung der von religiösen Körperschaften gegründeten Privatschulen mit den staatlichen unter Uebernahme der Kosten auf den Staat. Die Liberalen forderten Ausdehnung des noch durch einen geringen Zensus beschränkten Wahlrechts. Die Wahlen ergaben damals eine geringe liberale Mehrheit, die aber durch die Weigerung der Sozialisten, zusammen mit den Liberalen das Ministerium zu bilden, in politische Ohnmacht umgesetzt werden konnte. Im Grunde genommen zeigten schon jene Wahlen, daß die liberalen und die konservativen Kräfte im holländischen Volke von fast gleicher Stärke sind, und so konnte der Gedanke entstehen, den prinzipiellen Gegensatz, der das politische Leben des letzten Jahrzehnts lang beherrscht hatte, durch einen Ausgleich aus der Welt zu schaffen. Den Klerikalen erhielten freie Hand auf dem Gebiete der Volksschule, die Liberalen die Ausdehnung des Wahlrechts. Vielleicht wäre ohne den Krieg das Kompromiß nicht oder nicht so bald gekommen; daß es überhaupt möglich war, eine so grundsätzliche Frage wie die der Erziehung anders als im Kampfe politischer Weltanschauungen zu lösen, mag sich erklären aus jener Friedsamkeit unjunger Völker, die dem politischen Leben Hollands das Gepräge gibt. Die Folge des Ausgleichs zeigt sich nun auch in der verhältnismäßigen Uninteressiertheit, in der das Land trotz der Einführung der Wahlpflicht den Wahlen gegenüber steht. Die Argumente, mit denen die Parteien für sich werben, entbehren der Aktualität und beschränken sich bei den großen Organisationen fast ganz auf die in einem traditionsstarken Lande immerhin wirksame Berufung auf die Parteitradition. Die auswärtige Politik hat im Wahlkampf schgesehen von der Hetzkampagne des „Telegraaf“ und der bolschewistischen „Zittheid“ gar keine Rolle gespielt, und der Krieg nur insofern, als eine der Parteigruppen der Mittelstandspartei die Zusammensetzung der Wählerschaft irgendwie zusammenhängen. Gemeinsam verfügen die beiden kalvinistischen Parteien jetzt über 20 Mandate, und sie dürften, trotz des geringen Stimmenzuwachses, in Verbindung mit den Katholiken in der holländischen Ersten Kammer im nächsten Jahre wieder eine bestimmendere Rolle spielen. Man darf nicht vergessen, daß das Vorhandensein einer starken Partei protestantischen Bekenntnisses in den Niederlanden historisch bedingt ist. In jedem Staate muß etwas von der Kraft lebendig bleiben, die die Existenz gegeben hat, und der niederländische Staat ist aus dem Freiheitskrieg, aus gleich Glaubenskrieg war, hervorgegangen. Als einziges Bekenntnis christlichen Glaubens hat ja der Kalvinismus im ganzen Lande einen Theokratie, im Genf Calvins und im England Cromwells gut wie in der Republik der Niederlande, staatsbildende Kraft besessen, und die Tüchtigkeit des 16. Jahrhunderts ist noch stark genug im Volke, daß sie auch auf dem Gebiet der Politik ihren Einfluß geltend machen darf. Daß gerade bei der kalvinistischen Partei mit ihrem ausgeprägten, den Hortung des Kalvinismus entsprechend aber keinesmegs unbeeinflußten Absonderungsgeist die Sympathien für den Staatsgedanken Deutschland stärker sind als bei manchen in den Anschauungen des französischen Parlamentarismus gezogenen Liberalen, braucht nicht verschwiegen zu werden.

Ein neues Element kam in den Wahlkampf durch den von dem Parteiführer Jongkindt Coyne begründeten Oekonomischen Bund, der — sagtich ob zu Heil oder Unheil des Landes — sich anschickt, in Holland nicht ganz ohne grundsätzliche Diskussionen zu laufen ist, so hat der Oekonomische Bund ein Verdienst daran. Er will nämlich im Sinne einer Einigung der Nation das Bestehen der Parteien Hollands statt auf die Antithese der Kalvinisten „Christlich - Historisch“ oder der Sozialisten, ganz auf die wirtschaftlichen Aufgaben der Zeit nach dem Kriege einstellen; im holländischen Parlament sei zu viel von Politik und zu wenig von der Wirtschaft die Rede gewesen. Man kann sein System vielleicht am besten als eine Erweiterung des Manchestertums bezeichnen: größtmögliche individuelle Freiheit auf dem wirtschaftlichen Gebiete. Damit leugnet er den von bürgerlicher Seite in Holland mehr noch als anderwärts gefürchteten Staatssozialismus ab, setzt sich aber mit seiner eigenen Vergangenheit in Gegensatz, denn er hat seine politische Laufbahn begonnen, indem er als Führer der Arbeiterpartei die großen städtischen Betriebe wie Trambahn und Gaswerk forderte, und er hat seine unbestrittenen Verdienste um das Wirtschaftsleben Hollands im Kriege durch staatssozialistische Kriegsmaßnahmen erworben, wie er denn auch durch eine Verstaatlichung des Versicherungswesens einen Teil der Mittel für die Kriegslasten des Staates aufzubringen gedenkt. Wenn

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.

stadt besaß. Wer dem völlig Mittellosen, der von seinem mißtrauischen Vater in strenger Abhängigkeit gehalten wurde, das Heiligeld gab, um in der Morgenstube des 1. März 1835 nach Straßburg entfliehen zu können, ist zu unbekannt. Beachtenswert ist dieses Brief ist auch deshalb, weil Hauffs Briefe, wie das Büchner seinen „Danton“ am 21. Februar vollendet, dann noch einige Tage gefeilt und am 24. an Gutzkow abgeschickt habe. Schon am 25. bittet Hauff um Rücksendung, Gutzkow dasselbe und antwortete sogleich. Trotz der kurzen Entfernung von Darmstadt nach Frankfurt ist diese postalische Schnelligkeit zu jener Zeit wenig wahrscheinlich, und der Umweg über den Briefweg des Landes hat sich recht lange hingezogen. Der Brief von Sauerländer wurde auch offenbar in größter Eile geschrieben, ohne manche mühige Durchsicht dem Manuskript beigefügt und abgesandt. Der gleichgiltige Brief an Gutzkow ist nur unter dem Datum des 25. Februar überliefert. Hauff hat ihn offenbar an der zweiten Abschrift, die existiert hat, vorgenommen worden sein. Vielleicht erklärt sich auch dadurch ein Teil der Abweichungen von dem gedruckten Text. Gutzkow, Eduard Duller und schließlich noch vom Frankfurter Zensor redigiert wurde.

Wer sich in die Lebenshaft Erregung versetzt, die dem Dichter in jenen Jahrzehnten des Kampfes um Freiheit ohne weiteres das Bedürfnis, auch diese äußeren Daten ins reine zu bringen. Bücher entwarf und vollendete seinen „Danton“ in etwa fünf Wochen, und die Briefe sind Zeugnisse der Hast, mit der damaligen Polizei hatte in Wahrheit Gutzkow recht. Hauffs Vertrauensmann, Lotorium seines Vaters, der den Sohn kaum aus den Augen ließ, unete dem Schutz anatomischer Absichten, die das Manuskript verbergen sollte, und Gutzkow hat es ihm gedankt. Jeden Tag, jede Stunde konnte ein Haftbefehl den Dichter, sich zu stellen, ein unbekannter Verräter benutzte einen der Genossen Frankreich nach dem anderen; möglich schon war er als Zeuge Lüge über den Aufenthaltsort seines Freundes gezwungen. Der dadurch gegen ihn verbrüchte sich immer mehr; die Polizei brauchte folgte jetzt seiner Schritte; vom Fenster des Arbeitszimmers es sich in den Nebenzimmern ihre Spitzel zur plötzlichen Flucht lag bereit. Das Drama sollte ihm die Mittel zur Flucht verschaffen. In dieser fieberhaften Spannung warf er Szene auf Szene aufs Papier. Am 27. Februar wurde er abermals vorgeladen. Sein Bruder hatte sich für ihn dem Gericht. Den Rat schlug benutzte er zur Flucht; zwei Tage später landen die Häscher das Nest leer. Jede Stunde dieser Tage war ein Erlebnis, und jede Briefseite ein Ihnen bei doppelter Wert.

Der Brief an Gutzkow war bisher überhaupt der einzige, der im vollen Wortlaut vorlag; ihm reiht sich der obige an. Vielleicht wirkt er als Wünschelrute, die neue Quellen fließen macht.

England.

Streikende Bergarbeiter.

Bern, 5. Juli. (W. B.) „Daily News“ zufolge traten 12 000 Bergleute in fünf Lastseedgruben in den Streik, wodurch wichtige nationale Industriezweige in Yorkshire stärker in Mitleidenschaft gezogen werden.

Die amerikanische Presse über Lloyd George.

Basel, 6. Juli. (Privat-Tel.) Der „Morning Post“ wird aus Washington gemeldet: Die irische Debatte hat Herrn Lloyd George und seine Regierung in der amerikanischen öffentlichen Meinung nicht gestärkt. Die New Yorker „Evening Post“ bezeichnet die Verteidigung des Premierministers als eine Herausforderung, daß er nicht wisse, was er sage, und seine Ausrede, daß er seine Politik zu ändern hatte wegen Tatsachen, die ihm durch Lord French und Herrn Shortt berichtet worden waren, ruft folgende scharfe Entgegnung der „Evening Post“ hervor: „Warum hat der britische Premierminister nicht vorher gründlich unterrichtet werden?“ Nach der Ansicht der „Evening Post“ ist Großbritannien Lloyd Georges und seiner Regierung müde. Dies braucht nicht zu bedauern, daß Lloyd George haben wolle, sondern was das Land wünsche, daß es eine ruhige und kräftige Hand leitend finde die unmittelbaren Probleme und eine umfassende und weitsichtige Politik mit Bezug auf die internationalen Beziehungen nach dem Kriege.

Die „New Yorker „World“ sagt von der britischen Regierung: „Zwischen Zweifeln und Verzweiflung steuert sie einen ziellosen Kurs, geschwächt und ohne Kredit, ist die Regierung von neuem auf die abwartende Politik der Unentschlossenheit angewiesen, die sie dem Lande in der Hauptsache seit Beginn des Krieges aufgedrängt hat. Die „New York „Times“ hat seine Sympathie für Lloyd George und seine Regierung nicht verhehlt, aber sie hält es für notwendig, den Premierminister und seine unmittelbaren Vorgänger daran zu erinnern, daß die amerikanische Ansicht eine andere ist, als Herr Lloyd George und Herr Asquith zu vermuten scheinen.

„Das Verbrechen.“

dt Bern, 6. Juli. (Priv.-Tel.) Der Verkauf des bei Payot in Lausanne erschienenen dritten Bandes des Buches „Das Verbrechen“ von dem Verfasser des „Fall Lanz“, das zur Zeit in Zürich verboten ist, hat die Polizeibehörden veranlaßt, sämtliche Exemplare dieses Buches, die sich in den Schaufenstern der Buchhandlungen befanden, wegzunehmen. Die Verfügung ist, wie wir hören, von der Polizeidirektion Lausanne ausgegangen. Zuständig ist dazu lediglich das Ministerium des Aeußern, das sich mit der Vermittlung solcher Sendungen befaßt (für Frankfurt z. M. also dem Auswärtigen Amt, für Berlin dem Auswärtigen a. M., Ausschuß für deutsche Kriegsgefangene, Zeil 114) bekannt sind, und daher auch unter Vorlegung einer handschriftlichen Mitteilung des Verfassers das auf der Gefangenschaft oder einer sonstigen Unterdrückung beruhende hervorgeht, daß der Vermittler tatsächlich in rumänischer Gefangenschaft war.

Es wird anheimgegeben, vorher bei dem Königlich Preußischen Kriegsministerium, Zentral-Nachweise-Büro, Berlin, Bendlerstraße 48, durch die bei jedem Postamt erhältliche rote Rückfragekarte mit der Anfrage anzufragen, ob über Personen und die betreffenden Vermißten eingelaufen sind. Neben dieser Sonder-Nachforschung bleibt das Zentral-Nachweise-Büro des Kriegsministeriums selbstverständlich benutzt, über alle diejenigen Personenangaben Auskunft zu erteilen, die an der rumänischen Front als vermißt gemeldet sind und über die bisher überhaupt keine Meldungen vorliegen.

Die Kolonial-Deutschen in belgischer Gefangenschaft.

N Berlin, 6. Juli. (Priv.-Tel.) „Die Kolonialdeutschen aus Deutsch-Ostafrika in belgischer Gefangenschaft“ ist der Titel einer Denkschrift, die soeben amtlich herausgegeben wird. Sie basiert auf Grund der bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt vorliegenden Unterlagen verfaßten Denkschrift. Sie befaßt sich zunächst mit unerhörten Ausschreitungen belgischer Eingeborenentruppen bei der Besetzung von Kigali im November 1916, wobei geraubt, geschändet und gemordet wurde. Sie geht dann über zu den Zuständen in dem Gefangenenlager Tabora seit Beginn der belgischen Herrschaft und schließt mit einer zusammenfassenden Darstellung unserer Behandlung durch die belgische Lagerkommandantur. Es ist danach heute bei dem durch keine Notwendigkeit gerechtfertigten Abtransport aller auch das tropische Afrika zur Küste des Atlantischen Ozeans und von dort nach Frankreich. Von den Einschiffungshäfen aus wurden die Gefangenen hingewiesen werden auf die Behandlung, die der belgische Lagerkommandant ihnen hat angedeihen lassen. Ein Gefangener, der sich eine Verletzung zugezogen hatte, wurde verlangt, daß sie schwere Lasten beim Tragen des Kranken trugen, Wasser von einem weit vom Lager entfernten Brunnen holten, Latrinen reinigten und überhaupt die schmutzigsten und schwersten Arbeiten verrichteten. Zur Herabwürdigung des deutschen Ansehens geschahen diese Arbeiten oft in Gegenwart der Augen der Eingeborenen und unter Aufsicht farbiger Soldaten aus dem Kongo. Dieser Behandlung reihten sich an die rohe und ungerechte Verpflegung, die wie eine unmenschliche Hirt der Gefangenen wirkte. Die wiederholten Vergehen gegen eine schikanös strenge Lagerordnung. Ein erschütterndes Kapitel für sich ist das aus der Denkschrift und den Anlagen sich ergebende Bild des Leidenswegs der Deutsch-Ostafrikaner durch die Lager, wo der größte Teil von ihnen zugrunde ging. Es ist danach kein Wunder, daß von 1500 Gefangenen, die in Tabora waren, nur 600 Mann in Europa ankamen, und daß von diesen 600 Mann nur 200 wieder gesund wurden. Die Denkschrift schließt mit einer Würdigung der Verantwortlichkeiten, die diese Leidenswege werden hier umso mehr Verwunderung erregen, als Brüssel zu Hause immer als Bazillus aufgetreten ist und als „Petit Belge“ geradezu auf das Volk während des Krieges gewirkt hat. Es ist danach kein Wunder, daß die große Maße der Bevölkerung, der Krieg und sei der sicherste Schutz gegen das Einwirken Schwedens in einen solchen. Sind Brandstiftungen, Zerstörungen und Plünderungen, so betonten diejenigen nicht ganz unrecht, die behaupten, Branting sei gegen eine Teilnahme am Krieg auf der Seite der Entente gewesen. Es ist bezeichnend, wenn man nur sicher wäre, daß die Maße nicht gut groß sei.

Norwegen.

Kristiania, 6. Juli. (W. B.) Staatsrat Prytz, Chef des Industrieversorgungsamts, erhielt im heutigen Staatsrat den nachgesuchten Abschied bewilligt. Prytz führte in seinem Abschiedsgesuch aus, daß er bei seiner Auffassung der Verhältnisse nicht die Verantwortung übernehmen könne für Zustände, die seiner Meinung nach für die industrielle Versorgung infolge der Schwierigkeiten bei der praktischen Durchführung der weitgehenden Bestimmungen in dem Uebereinkommen mit Amerika eintreten werden.

Rom, 5. Juli. (W. B.) Der Kardinal Martinelli ist gestorben.

Großes Hauptquartier, 6. Juli.

Großes Hauptquartier, 6. Juli. (W. B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Mehrfache Angriffsversuche des Feindes westlich von Langemarck scheiterten. Zu dem Kampfabschnitt südlich der Somme blieb die Artillerietätigkeit tagsüber gesteigert. Am Abend lebte sie auch an der übrigen Heeresgruppen-Front auf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Zwischen Aisne und Marne und südwestlich von Reims zeitweilig erhöhte Gefechtstätigkeit. Stärkere Vorstöße des Feindes gegen den Clignon-Abschnitt wurden abgewiesen. Erkundungsgefechte in der Champagne.

Leutnant Bolle errang seinen 20. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die Vorfälle an der Südwestfront.

Wien, 6. Juli. (W. B.) Die Korrespondenz Austria meldet: Beim Kriegsminister erschienen Abordnungen der Christlich-Sozialen Vereinigung und des Deutsch-nationalen Verbandes, die über die Vorfälle an der Südwestfront Erkundigungen einzogen. Der Minister gab in freimütiger Aussprache eine erschöpfende, alle Punkte der Anfrage umfassende Darstellung. Die Mitteilungen des Kriegsministers wirkten, wie der Sprecher der Abordnung feststellte, beruhigend und aufklärend.

Bern, 6. Juli. (W. B.) Den stark zensurierten Berichten Genfer Blätter ist zu entnehmen, daß in Genua amerikanische Truppenabteilungen ausgeschifft worden sind.

Die spanische Grippe.

N Berlin, 6. Juli. (Priv.-Tel.) Ueber die spanische Grippe wird der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ von sachkundiger Seite mitgeteilt: Die Krankheit, die sich von Irstuenza handelt, stützt sich vor allem auf die bisherigen Untersuchungen und erhält dadurch, daß es tatsächlich den bakteriologischen Stellen gelungen ist, den Influenza-Bazillus einwandfrei nachzuweisen, eine ziemlich sichere Grundlage. Auch die sonstigen Wahrnehmungen vom wissenschaftlichen Standpunkt aus sprechen entschieden für Influenza.

Als harmlos kann man vom ärztlichen Standpunkte aus die Krankheit nicht bezeichnen, da sie sich eine Lungenentzündung oder eine ernste Erkrankung der Atmungsorgane mindestens in Deutschland gezeigt hat, sind jedoch Todesfälle selten. Hoffen können wir, daß in Deutschland überhaupt nicht angegeben werden, auch nicht über Todesfälle. Wir können und nur etwa danach richten, was die durch die Krankheit betroffenen Personen in Krankenhäusern wissen. Noch den bisherigen Feststellungen beläuft sich die Zahl der in die größten Krankenhäuser Berlins, Charlottenburgs und Schönebergs eingelieferten Kranken auf ungefähr 500 bis 600 Personen. Man darf aber nicht einzelnen glauben, daß diese Zahl auf eine höhere Zahlen zu heben berechtigen schließen ließe, denn unter diesen 500 bis 600 Erkrankungen war nur ein einziger Todesfall zu verzeichnen, und zwar handelte es sich um einen Herzfehler, die bereits mit einer Lungenentzündung ins Krankenhaus eingeliefert worden war.

Nun liegt allerdings die Frage nahe, was die Medizinalverwaltung in Preußen hierbei zu tun gedenkt. Die Frage, ob es sich wirklich um eine Epidemie, als unbedingt zu treffen, muß vorläufig aus naheliegenden Gründen verneint werden. Man würde z. B. durch sanitätspolizeiliche Maßnahmen, die eine Absonderung der einzelnen Erkrankten, mit sich bringen würde, nicht erreichen, sondern das Publikum beunruhigen, da es sich ja bei der sogenannten spanischen Grippe selbst nicht um eine Erkrankung gefährlicher Art handelt, da die daran Erkrankten schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit wiederhergestellt sind. Auch kann dem nicht abgeholfen werden, daß Sonnenschein und Trockenheit dazu beitragen, daß die Krankheitsstoffe wesentlich zu vermindern. Daß jedoch die Erkrankungen an der spanischen Krankheit mit den derzeitigen schlechten Ernährungsverhältnissen zusammenhängen, dahon kann nicht die Rede sein; vielmehr ist die Verschleppung der spanischen Krankheit wie überhaupt aller andern Erkrankungen nur auf die Uebertragung von Krankheitserregern zurückzuführen.

Die Entwickelung in der nationalliberalen Partei.

In der nationalliberalen Presse wird die Auseinandersetzung über die Stellungnahme zur Wahlreform und der sich daraus ergebende kritische Zustand für die Partei mit großer Energie fortgesetzt. Die Westfälischen Politischen Nachrichten“ das Organ der westfälischen Schwerindustriellen, wenden sich gegen die Absicht einer erneuten Stellungnahme der nationalliberalen Parteileitungen zur Wahlrechtsfrage und teilen in einem Vorstoß gegen den Reichstagsabgeordneten Stresemann folgendes mit:

Man denke nur an die Verhandlungen des letzten Parteitages, wo allen ein die gehäufte Entschlossenheit, deren ursprünglicher Schlußsatz ganz unmißverständlich auf die Möglichkeit der Trennung sprach. Man sah sich zwar genötigt, diesen Satz nachher fallen zu lassen, aber die Begründung der Ablehnung der Vorgeschlagenen gegenüber den Wahlrechtsgegnern in der Partei ist so zweideutig gewesen und entgegen jeder parlamentarischen Gepflogenheit so feindselig gehalten, daß die inhaltlich zum Ausdruck gebrachte Absicht der Parteispaltung dadurch nur noch stärker hervorgehoben wurde.

Die Stettiner „Nationalliberale Rundschau“ bezeichnet es als ein Ding der Unmöglichkeit, Männer innerhalb der nationalliberalen Partei zu dulden, die darauf hinarbeiten, den früheren Fraktionsvorsitzenden und jetzigen Vizepräsidenten der Wahlrechtsvorlage in der Regierung (Dr. Friedberg) zu stürzen, verlangt eine Aussprache im Zentralvorstand der Partei, damit dieser seine gegebene Gewißter endlich einmal niedergebe, und die den Bestand der Partei gefährdenden Elemente fortschwemme. Ein „Belagerungszustand“ verbitt Abgeordneter Dr. Böhme die Aufführung, daß jeder Abstellung der Wahlreform die preußische nationalliberale Landtagsfraktion der Zukunft sich auch von der Reichstagsfraktion innerlich nicht mehr trennen scheiden, eigentliche alternationalliberale Aufstellungen in beiden völlig bedeutungslos sein würden:

Die starken Gegensätze, die bisher die Partei erschütterten, werden durch eine Trennung für bisherige parlamentarischer Nützhalt in der Landtagsfraktion nur verschärft. Es sind sogar tatsächlich auf Parteitagen und auf den Tagungen einzelner Landtagsfraktionsmitglieder Anträge gestellt worden, die Fraktionsgemeinschaft im Reichstag aufzulösen. Es ist eine völlige Auflösung der Partei, wenn die Fraktionsgemeinschaft im Reichstag und im Landtage nicht mehr besteht. Wenn dann eine Auflösung durch sein Verhalten herbeiführt, scheidet aus der Partei.“

Der Vorstand der nationalliberalen Partei der Provinz Sachsen stellte sich in einer Entschließung auf den Boden des gleichen Wahlrechts und erklärte es für eine selbstverständliche Forderung, daß nach der Provinzialvorsitzenden nur solche Mitglieder in den Vorstand der Partei aufgestellt wurden, die für das gleiche Wahlrecht eingetreten sind.

N Berlin, 5. Juli. (Priv.-Tel.) Der bekannte Reisende und Forscher Karl Neufeld (Assuan in Aegypten) ist am 2. Juli in einem Reserve-Lazarett bei Berlin gestorben.

Wien, 5. Juli. (W. B.) Die Blätter bringen das telegraphische Beileid des Präsidenten des Reichsrats Groß v. Trockau bervorstehenden Demission als Direktor der Hofgrup-